

Rheinlandpfalz

Statistisches Landesamt



Statistische Monatshefte

Januar
Februar
März
April
Mai
Juni
Juli
August
September
Oktober
November
Dezember

1986

Inhalt

Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1985	2	Die Kulturpflanzen auf dem Acker- und Dauergrünland hatten 1985 überwiegend günstige Wachstumsvoraussetzungen. Es werden die Anbauentwicklungen und Ertragsverhältnisse der wichtigsten Arten erläutert.
Ausgleichszulage für landwirtschaftliche Betriebe in benachteiligten Gebieten	6	Die Berechnung, Bescheidschreibung und Zahlbarmachung der Ausgleichszulage für landwirtschaftliche Betriebe in benachteiligten Gebieten erfolgt seit 1975 maschinell im automatischen Verfahren.
Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse öffentlicher Unternehmen	7	Die Bilanzen öffentlicher Wirtschaftsunternehmen lassen eine befriedigende Vermögens- und Kapitalstruktur erkennen.
Einbürgerungen	12	In den Jahren 1983 und 1984 haben in Rheinland-Pfalz 3 042 Personen die deutsche Staatsangehörigkeit erworben.
Außenhandel mit dem Irak und dem Iran 1970 bis 1985	15	Die islamische Revolution im Iran und der Krieg am Persischen Golf beeinträchtigten auch die Entwicklung des Warenaustauschs mit dem Irak und dem Iran.
Anhang	1*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	7*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Erschienen ist aus der Zeitreihe „Bildung und Kultur“

– Heft 1 –

**1950 - 1984 : Schüler, Klassen, Schulen,
hauptamtliche / hauptberufliche Lehrer, Studenten**

Umfang 23 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 3,80

Das erste Heft der Zeitreihe „Bildung und Kultur“ weist die wichtigsten Eckdaten aus dem Bildungsbereich für die Jahre 1950 bis 1984 nach. Es enthält u. a. Daten über Schüler nach Schularten, Geschlecht und Schulstufen, über Klassen und durchschnittliche Klassengrößen, über hauptamtliche / hauptberufliche Lehrer an allgemeinbildenden Schulen sowie über Studenten nach Hochschularten, Geschlecht und nach einzelnen Hochschulen.

Ich / wir bestelle (n)

_____ Exemplar (e)

Zeitreihe „Bildung und Kultur“

– Heft 1 –

**1950 - 1984 : Schüler, Klassen,
Schulen, hauptamtliche/haupt-
berufliche Lehrer, Studenten**

zum Einzelpreis von DM 3,80

Anschrift:

Datum und Stempel

Stamo 1/86

Bitte
frei-
machen

Drucksache

**An das
Statistische Landesamt
Rheinland - Pfalz
Postfach**

5427 Bad Ems

Feldfrüchte und Futterpflanzen lieferten reichliche Erntemengen

Nach einem strengen Winter und einem verspäteten Wachstumsbeginn haben sich Getreide, Futterpflanzen und Hackfrüchte insbesondere ab Mitte Juni bei ausreichender Wärme und Feuchtigkeit sehr günstig entwickelt. Die rheinland-pfälzische Getreideernte erbrachte mit 1,59 Mill. t die bisher zweitgrößte Menge und blieb nur um 4,5 % unter dem höchsten Ergebnis, das im Jahr vorher zu verzeichnen war. Der Hektarertrag für alle Arten zusammen belief sich auf 48,1 dt gegenüber 50,5 dt im Vorjahr und 43,1 dt im Sechsjahresdurchschnitt 1979/84. Sommergerste brachte mit 43,3 dt einen Spitzenertrag für Rheinland-Pfalz, Roggen mit 45 dt den höchsten Ertrag unter allen Bundesländern.

Der Hektarertrag für alle Rauhfutterpflanzen zusammen übertraf mit 75,6 dt (in Heu gerechnet) den mehrjährigen Durchschnitt um 9 %, bei Kartoffeln mit 304 dt um 21 % und bei Runkelrüben mit 977 dt um 10 %. Insbesondere wegen der starken Trockenheit im Herbst fiel die Hektarleistung der Zuckerrüben mit 509 dt um 2 % geringer aus. tg

Mehr über dieses Thema auf Seite 2

Erneut steigender Pachtlandanteil

Mit dem anhaltenden Rückgang der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe hat der Anteil des Pachtlandes in der Landwirtschaft weiter zugenommen. Im Mai 1985 waren in Rheinland-Pfalz rund 47 % der von den Betrieben genutzten landwirtschaftlichen Flächen gepachtet, gegenüber 46 % zwei Jahre zuvor und erst 39 % im Jahre 1971. Deutlich höhere Pachtanteile ergaben sich für die 30 bis 50 ha großen Höfe (54 %) und diejenigen mit mehr als 50 ha (59 %). In Betrieben von 2 bis 5 ha sowie 5 bis 10 ha standen 24 bzw. 32 % der Flächen nicht im Eigentum ihrer Bewirtschafter. Bei jedem vierten Hektar Pachtfläche waren Familienangehörige der Betriebsinhaber die Verpächter.

Bei einem durchschnittlichen Jahrespachtpreis von 343 DM je Hektar wurden für 44 % der Pachtfläche weniger als 200 DM je Hektar gezahlt. Pachtentgelte von 200 bis 400 DM je Hektar errechnen sich für 29 % und solche von über 400 DM für 27 % der Pachtfläche. lx

In den Irak und den Iran werden überwiegend Investitionsgüter und Chemieerzeugnisse exportiert

Im Jahre 1984 führte die rheinland-pfälzische Wirtschaft Waren im Wert von 194 Mill. DM in den Irak und von 818 Mill. DM in den Iran aus. Wichtigste Lieferungen für den Irak waren Kraftfahrzeuge (30 %), Maschinen

(16 %), Kunststoffe (13 %) und chemische Enderzeugnisse (8,9 %). Mehr als zwei Drittel der für den Iran bestimmten Exporte entfielen auf Kraftfahrzeuge.

Eingeführt wurden aus dem Irak Güter für 18 Mill. DM und aus dem Iran für 8 Mill. DM. Die Importe aus dem Irak bestanden fast ausschließlich aus Rohöl. Bei den Bezügen aus dem Iran überwogen Kraftstoffe und Schmieröle (72 %).

Die Bundesrepublik exportierte im Jahre 1984 für 2,5 Mrd. DM Waren in den Irak und für 6,5 Mrd. DM in den Iran. Bei den Ausfuhren in den Irak führten Maschinen mit 31 %, bei den in den Iran Kraftfahrzeuge mit 23 %. Die deutschen Importe aus dem Irak für nahezu 1,4 Mrd. DM bestanden zu mehr als neun Zehnteln aus rohem Erdöl. Unter den Einfuhren aus dem Iran überwogen Rohöl (78 %) sowie textile Gewebe und Gewirke bzw. Orientteppiche (15 %). pe

Mehr über dieses Thema auf Seite 15

Ausgleichszulage für landwirtschaftliche Betriebe in benachteiligten Gebieten

Die Ausgleichszulage für landwirtschaftliche Betriebe in benachteiligten Gebieten – es handelt sich um eine Förderungsmaßnahme zur Sicherung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit in standortungünstigen und sonstigen benachteiligten Räumen – ist ab 1985 neu gestaltet. Die Anspruchsvoraussetzungen wurden erweitert und die Förderbeträge erhöht. Die schon seit 1975 maschinell abgewickelte Berechnung, Bescheid-schreibung und Zahlbarmachung der Ausgleichszulage erfolgt jetzt nach einem neuen Automations-Verfahren. Aufgrund der verbesserten Regelungen hat sich in diesem Jahr die Zahl der Bewilligungen gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. fo

Mehr über dieses Thema auf Seite 6

Einbürgerungen in Rheinland-Pfalz

Von den 3042 Personen, die in Rheinland-Pfalz in den Jahren 1983 und 1984 eingebürgert wurden, hatten 1955 einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung, 1087 wurden im Ermessensweg eingebürgert. Über 95 % der Anspruchseingebürgerten waren volksdeutsche Aussiedler aus Rumänien, der Sowjetunion, Polen, Jugoslawien, Tschechoslowakei und Ungarn. Demgegenüber handelt es sich bei den im Ermessensweg Eingebürgerten zu 41 % um Staatsangehörige aus den früheren Anwerbeländern Italien, Spanien, Jugoslawien, Griechenland und Türkei. di

Mehr über dieses Thema auf Seite 12

Bilanzen öffentlicher Unternehmen

Ende 1983 wiesen die öffentlichen Wirtschaftsunternehmen in Rheinland-Pfalz eine Bilanzsumme von 9,6 Mrd. DM aus. Gegenüber dem Vorjahr hat sie um 5 % zugenommen. Kapital und Vermögen der Betriebe sind damit zwar deutlich langsamer als 1982 (+ 11 %) gewachsen, weiteten sich aber stärker aus als die Umsätze, die 1983 um 4,1 % gestiegen sind.

Die Kapitalstruktur hat sich 1983 nicht nennenswert verändert. Auf das Eigenkapital entfielen 36,6 % der eingesetzten Mittel, im Jahr zuvor waren es 36,5 %. Die Eigenmittelausstattung der öffentlichen Unternehmen hat sich damit auf einem befriedigenden Stand stabilisiert, nachdem 1979 noch eine Quote von 37,9 % registriert worden war. Die Struktur der Unternehmensfinanzierung hat sich 1983 kaum verbessert, denn die Deckung der Sachanlagen und immateriellen Anlagewerte durch Eigenkapital ist gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Prozentpunkte auf 45,9 % gestiegen.

Die öffentlichen Unternehmen erwirtschafteten im Jahre 1982 einen Überschuß von 19 Mill. DM. 1983 schlossen sie mit einem Ergebnis von 48 Mill. DM ab. Dadurch erhöhte sich ihre Eigenkapitalrentabilität von 0,6 % auf 1,4 %, was nach wie vor eine relativ geringe Verzinsung des eigenen Kapitals bedeutet. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 7

Verlagsunternehmen beschäftigten 1983 über 8 200 Mitarbeiter

Im Rahmen der Pressestatistik 1983 wurden in Rheinland-Pfalz 105 Unternehmen gezählt, die insgesamt 51 Zeitungen und 305 Zeitschriften verlegten. Nach ihrem wirtschaftlichen Schwerpunkt zählten 76 Unternehmen zum Verlagsgewerbe (12 Zeitungsverlage, 52 Zeitschriftenverlage, 12 sonstige Verlage). 29 Unternehmen hatten ihren Schwerpunkt in einem anderen Wirtschaftszweig.

Am Jahresende 1983 beschäftigten die Verlagsunternehmen insgesamt 8 246 Mitarbeiter, darunter 674 (8,2 %) in der Redaktion. Weitere 644 Personen waren als freie Mitarbeiter tätig.

Der Umsatz der Verlagsunternehmen erreichte 1983 eine Höhe von 760 Mill. DM. Davon entfielen 35 % (266 Mill. DM) auf den Vertrieb und 53 % (404 Mill. DM) auf Anzeigen.

Von den Ende 1983 verlegten Zeitungen waren 12 Haupt- und 39 angeschlossene Nebenausgaben. Die Verkaufsauflage der Gesamtausgabe im vierten Quartal betrug 902 000 Exemplare. Davon wurden 94 % im Abonnement vertrieben. Der mit Zeitungen erzielte Umsatz betrug 471 Mill. DM.

Von den 305 verlegten Zeitschriften hatten 43 % (131) eine überregionale Verbreitung. Die durchschnittliche Auflage je Erscheinungstag hatte eine Höhe von 4,753 Mill. Exemplaren. Davon wurden 2,169 Mill. Exemplare (46 %) unentgeltlich an die Leser abgegeben. Der Umsatz der verkauften Zeitschriften in Höhe von 2,584 Mill. Exemplaren betrug 180 Mill. DM. we

1 200 Lehramtsanwärter befinden sich im Vorbereitungsdienst

Im Oktober 1985 bereiteten sich 1 203 Lehramtsanwärter im Vorbereitungsdienst an den 22 rheinland-pfälzischen Studienseminaren auf die zweite Staatsprüfung vor. Das sind 20 % (291) weniger als vor Jahresfrist. 37 % der Lehramtsanwärter streben das Lehramt an Gymnasien, je ein Fünftel an Grund- und Hauptschulen bzw. an berufsbildenden Schulen, 13 % an Realschulen und ein Zehntel an Sonderschulen an.

Knapp zwei Drittel (777) der Lehramtsanwärter sind Frauen. Ihr Anteil ist bei den Anwärtern für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen mit 85 % am höchsten. Bei den Anwärtern für das Lehramt an Realschulen beträgt der Anteil der Frauen 74 %, für das Lehramt an Sonderschulen 73 %, für das Lehramt an Gymnasien 56 % und für das Lehramt an berufsbildenden Schulen 49 %.

Während der Rückgang der Lehramtsanwärter bei den Männern gegenüber dem Vorjahr mit 29 % überdurchschnittlich ausfiel, war er bei den Frauen mit - 13 % niedriger. we

Erstmals über 60 000 Studenten

Die Zahl der Studenten an den Hochschulen des Landes Rheinland-Pfalz betrug im Wintersemester 1985/86 60 023 (ohne Beurlaubte, Gasthörer und Studienkollegiaten). Davon sind 57 089 (95 %) Deutsche und 2 934 Ausländer (5 %).

Gegenüber dem Wintersemester 1984/85 hat sich die Zahl der Studenten um 560 oder 0,9 % erhöht. Hierbei war die Zunahme bei den Frauen mit + 1,4 % (323) stärker als bei den Männern (+ 0,7 % oder 237). Die Zahl der ausländischen Studenten stieg um 4,1 % (115).

8 040 Studenten haben zum Wintersemester 1985/86 erstmals ein Studium aufgenommen, darunter 3 329 (41,4 %) Frauen und 466 (5,8 %) Ausländer. Gegenüber dem Vorjahressemester ist die Gesamtzahl der Erstimmatrikulierten um 733 (- 8,4 %) zurückgegangen. Dabei ist der Rückgang bei den Studenten (- 665 oder 12,4 %) erheblich größer als bei den Studentinnen (- 68 oder 2 %). Bei den Ausländern beträgt der Rückgang 5,9 % (- 29). we

4 100 Schulabgänger weniger

Aus den allgemeinbildenden Schulen von Rheinland-Pfalz (ohne Sonderschulen) wurden zum Ende des Schuljahres 1984/85 rund 52 500 Schüler entlassen. Damit sank die Zahl der Schulabgänger gegenüber dem Vorjahr um 4 100. Besonders stark war der Rückgang an Grund- und Hauptschulen, aus denen im Juli 1985 mit 26 300 Schulabgängern 2 500 weniger gezählt wurden als im Vorjahr. Auch aus den Gymnasien des Landes wurden weniger Schüler entlassen, und zwar 14 200 gegenüber 15 500 im Jahr zuvor. Aus Realschulen gingen 11 500 ab (Vorjahr 11 800) und aus Integrierten Gesamtschulen 500 (Vorjahr 470).

Von den Schulentlassenen aus allgemeinbildenden Schulen (ohne Sonderschulen) hatten 1985 insgesamt 23 900 (45,5 %) einen Hauptschulabschluß erreicht (Vorjahr 46,6 %), 15 200 (28,9 %) einen qualifizierten Sekundarabschluß I (Vorjahr 27,7 %) und 10 900 (20,8 %) das Abitur (Vorjahr 21,1 %). Nur 2 470 Schüler (4,7 %) verließen die Schulen ohne einen Abschluß. ke

Schulsport – Förderunterricht für 6 400 Schüler

Von den 404 700 Schülern, die im Schuljahr 1985/86 die allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz besuchen, erhalten 65 % (1983: 59 %) drei Wochenstunden Sportunterricht, 32 % (1983: 37 %) zwei Wochenstunden. Die Zahl der Schüler ohne Sportunterricht ist mit 1 378 (0,4 %) sehr gering. Die meisten davon sind durch Attest vom Sportunterricht befreit.

In Rheinland-Pfalz besteht die Möglichkeit, zusätzlich zum Sportunterricht am Förderunterricht im Schulsport teilzunehmen. Im laufenden Schuljahr sind 6 432 Schüler in diesen Förderunterricht einbezogen. 89 % dieser Schüler werden an Grund- und Hauptschulen gefördert, 6 % an Sonderschulen, 2 % an Realschulen und 3 % an Gymnasien. Für den Förderunterricht wurden 547 Gruppen eingerichtet. ke

Über 150 Mill. DM für Umweltschutz investiert

In Rheinland-Pfalz haben die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes im Jahre 1984 über 150 Mill. DM in Einrichtungen zum Schutze der Umwelt investiert. Dies entspricht einer Zunahme der Investitionssumme um 21 % gegenüber 1983. Ausschlaggebend für diese günstige Entwicklung war vor allem die Ausweitung von Maßnahmen zur Luftreinhaltung. Allein für diesen Bereich errechnet sich von 1982 bis 1984 eine Zunahme um 29 Mill. DM oder 48 %. wz

kurz + aktuell

Außenhandelsvolumen um rund 9 % über dem Vorjahrsniveau

Von Januar bis Oktober 1985 belief sich der Wert der zwischen Rheinland-Pfalz und dem Ausland ausgetauschten Waren auf insgesamt 42,8 Mrd. DM. Das waren 8,7 % mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Exporte stiegen um 11 %, die Importe um 5,5 %. In den ersten zehn Monaten 1985 lagen die rheinland-pfälzischen Lieferungen um 52 % über den Warenbezügen. Die Bundesrepublik verzeichnete einen Ausfuhrüberschuß von 15 %.

Im Oktober 1985 führte die rheinland-pfälzische Wirtschaft für fast 2,8 Mrd. DM Waren aus. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat errechnet sich eine Zunahme um knapp 3 %. Überdurchschnittlich expandierten die Lieferungen von Rohstoffen (+ 13 %) und von Enderzeugnissen (+ 5,6 %). Die Exporte von Halbwaren gingen um 11 % zurück.

Aus dem Ausland wurden Güter im Wert von annähernd 1,8 Mrd. DM bezogen, um 9,2 % mehr als im Oktober 1984. Nach Warengruppen variierten die Veränderungen zwischen + 47 % bei den Rohstoff- und - 7 % bei den Agrarimporten. pe

Höhere Umsätze im Gastgewerbe

Von Januar bis Oktober 1985 nahmen die Umsätze des rheinland-pfälzischen Gastgewerbes gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 3,1 % zu. Hotels erzielten die stärkste Steigerung (+ 11,5 %). Schankwirtschaften hatten ein Plus von 4,6 %, Bars und Tanzlokale von 2 %. Umsatzrückgänge verzeichneten Gasthöfe (- 11 %) und Speisewirtschaften (- 2,8 %). pe

Trotz verregnetem Sommer 1985 mehr ausländische Gäste als je zuvor

Von April bis September 1985 wurden in den rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetrieben 1,3 % weniger Gäste und 1,2 % weniger Übernachtungen als im Sommerhalbjahr 1984 gezählt. Trotz dieser rückläufigen Entwicklung, die weitgehend witterungsbedingt war, handelt es sich mit insgesamt 3,4 Mill. angemeldeten Urlaubern und 12,4 Mill. Fremdenübernachtungen um das bisher zweitbeste Ergebnis.

Erstmals in einem Sommerhalbjahr überstieg 1985 die Zahl der ausländischen Gäste mit insgesamt 1 014 000 die Millionengrenze. Das bedeutet gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum eine Steigerung um 5,9 %. Die Zahl der Übernachtungen von Besuchern aus dem Ausland war mit 3,2 Mill. um 8,9 % höher als im Sommer 1984. sr

Das Landesinformationssystem (LIS)

Was ist LIS?

Das Landesinformationssystem Rheinland-Pfalz, kurz LIS genannt, vermittelt auf schnelle und einfache Weise die wichtigsten Daten aus der amtlichen Statistik.

Kernstück des LIS ist eine Gemeindedatenbank, in der tausende von Grunddaten für jede Gemeinde des Landes gespeichert sind, wie solche über Gebietsstand und Bevölkerung, Haushalte, Schulen, Schüler, Lehrer, Arbeitsplätze, Industriebeschäftigte, Unternehmen, landwirtschaftliche Betriebe, Wasserversorgung, Gebäude und Wohnungen, Handel, Gastgewerbe, Fremdenverkehr, Finanzen, Steuern und vieles mehr. Die Angaben entsprechen jeweils dem neuesten Gebietsstand.

Was kann LIS?

Ein automatisiertes Abrufsystem ermöglicht den schnellen Zugriff auf die Daten, die Aggregation der Zahlen zu größeren Gebietseinheiten, die Durchführung von Rechenoperationen, die Erstellung von Tabellen sowie die Darstellung der Daten in thematischen Landkarten und Farbgrafiken. Auch regionale Bevölkerungs- und Schülerprognosen können entwickelt werden.

Die Vorteile des LIS gegenüber herkömmlichen regionalstatistischen Veröffentlichungen sind

- die gezielte Auswahl und beliebige Kombinierbarkeit der Daten,
- die Verfügbarkeit aller Daten nach dem jeweils neuesten Gebietsstand,
- die Möglichkeiten der direkten Weiterverarbeitung und Analyse durch Rechenprogramme,
- der unmittelbare Zugriff auf den umfangreichen, über viele Jahre erhobenen Datenbestand,
- der Abruf innerhalb von Sekunden.

Wie kommt man an die Daten des LIS?

Datenkataloge, Regionalverzeichnisse und Hinweise zu den Abrufmöglichkeiten enthält das Benutzerhandbuch, das beim Statistischen Landesamt angefordert werden kann.

Telefonische Anfragen sind zu richten an

das Statistische Landesamt in Bad Ems (02603) 71 234 bzw. 71 249

oder an

die Informationsstelle in Mainz

(06131) 16 47 36 bzw. 16 47 66.

Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1985

Witterungs- und Wachstumsbedingungen

Da im strengen Winter 1984/85 die bestellten Felder durch eine ausreichende Schneedecke geschützt waren, blieben die Auswinterungsschäden im allgemeinen gering. Von einem wärmeren Abschnitt in der Mitte des Monats April abgesehen hielt jedoch die naßkalte Witterung bis Anfang Mai an. Erst dann kam es zu einer nachhaltigen Erwärmung. Die Bestellung des Sommergetreides und der Hackfrüchte konnte daher in vielen Gebieten erst annähernd zwei Wochen später als sonst üblich erfolgen. Auch das Wachstum der Wintersaaten, Futterpflanzen und des Grünlandes war merklich in Verzug geraten.

Von Anfang Mai bis Ende der ersten Junidekade herrschte Hochdruckeinfluß. Das Wachstum der Feldfrüchte und Futterpflanzen machte erhebliche Fortschritte. Durch intensive Sonneneinstrahlung und Nordostwinde trockneten Anfang Juni vor allem in Höhegebieten die Ackerböden jedoch stark aus. Unter dem Einfluß von Luftströmungen aus nördlichen Breiten folgte danach bis Ende Juni eine kühle und regnerische Wetterperiode. Während dieser Zeit konnten sich aber insbesondere das Sommergetreide und die Rüben vorteilhaft entwickeln, die durch verspätete Aussaat und Trockenheit zunächst merklich zurückgeblieben waren. Die allgemein günstigen Wachstumsbedingungen wurden Anfang Juli noch durch warme und teilweise feuchte Luftzufuhren aus südlichen und südwestlichen Richtungen verbessert. Die Luftmassengrenze verlief dabei zeitweise quer durch Rheinland-Pfalz und verschob sich einmal mehr zum Süden und dann zum Norden. Dadurch kam es häufig zu raschen Wetterveränderungen zwischen kühler Luft aus nördlichen Breiten und sehr warmer Mittelmeerluft mit Temperaturen, die verbreitet über 30 Grad Celsius lagen. Beim Zusam-

menstoß der unterschiedlichen Luftschichten bildeten sich mehrfach ausgedehnte Gewitterfronten, die verschiedentlich zu hohen Niederschlägen führten. Durch Hagel wurden in einigen Gebieten beträchtliche Schäden verursacht. Diese Wetterverhältnisse bewirkten auch, daß in den nördlichen und mittleren Landesteilen reichliche Niederschläge fielen, es aber im Süden zeitweise zu trocken war.

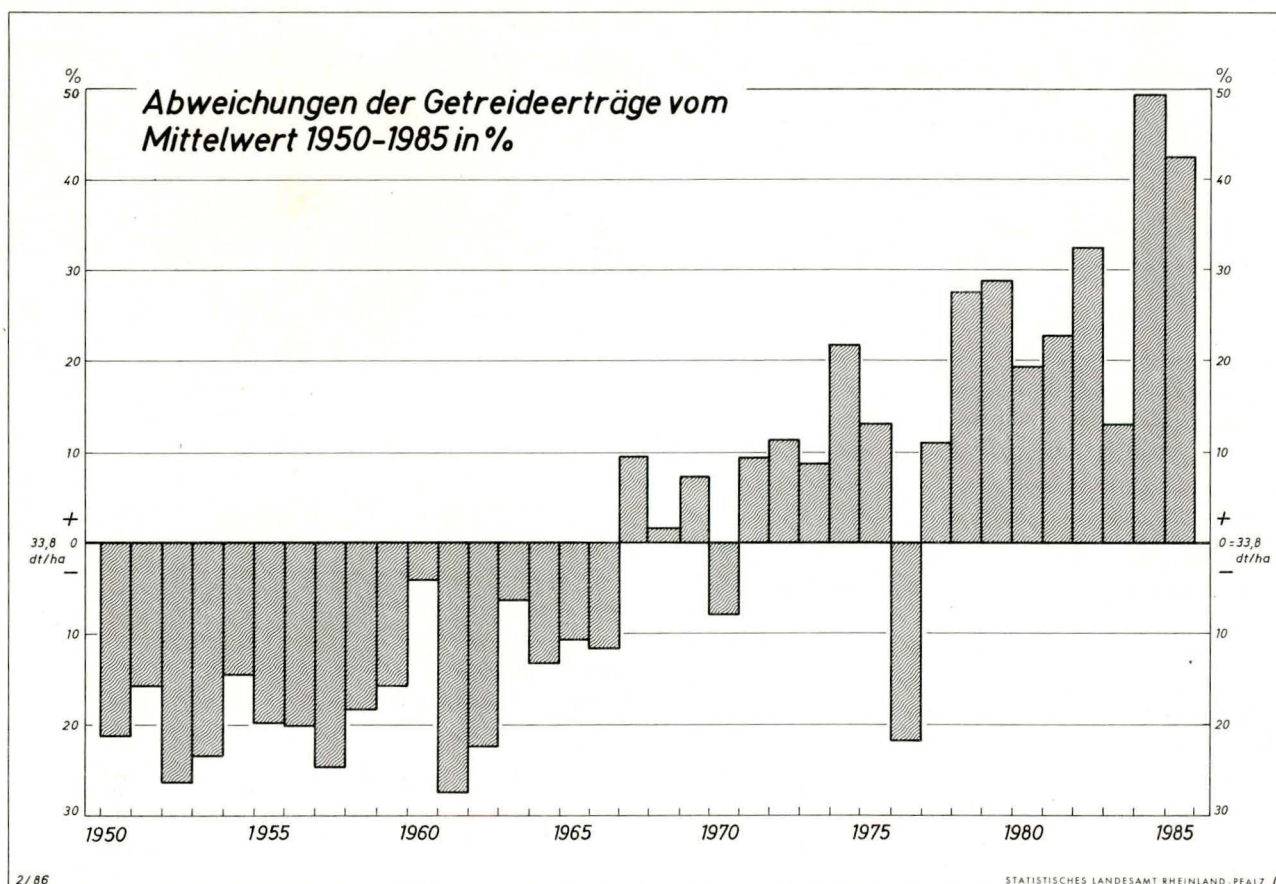
Erst Ende der ersten Septemberwoche beruhigte sich das Wettergeschehen nachhaltig. Lediglich Mitte September und Mitte der ersten Oktoberdekade fielen noch leichte Niederschläge, im übrigen herrschte bis Ende Oktober mildes und heiteres Herbstwetter. In der zweiten Septemberhälfte und vor allem Anfang Oktober erreichten die Tageshöchsttemperaturen nochmals verbreitet sommerliche Werte. Da es seit etwa zwei Monaten keine ergiebigen Regenfälle mehr gegeben hatte, zeigten die Acker- und Grünlandböden in der zweiten Oktoberhälfte im ganzen Land starke Trockenheiterscheinungen.

Nachdem bereits Ende Oktober und Anfang November einzelne leichte Nachfröste aufgetreten waren, stellte sich nach einer stürmischen Tiefdrucktätigkeit unter dem Einfluß von nordöstlichen Luftströmungen bereits zu Beginn der zweiten Novemberdekade winterliches Wetter ein, das bis Ende des Monats anhielt. Die Temperaturen sanken oft auf Werte unter -5 Grad Celsius und blieben tagsüber vielerorts unter dem Gefrierpunkt. In der dritten Novemberwoche kam es auch zu erheblichen Schneefällen. Insbesondere in den Höhengebieten des nördlichen Landesteiles bildete sich eine Schneedecke von beträchtlicher Höhe. Anfang Dezember stiegen jedoch die Temperaturen durch südwestliche Luftzufuhren wieder kräftig an, so daß Schnee und

Witterung 1985

Monat ¹⁾	Niederschlagsmenge			Tage mit mindestens 0,1 mm Niederschlag			Durchschnittstemperatur			Sonnenschein		
	D			D			D			D		
	1974/84	1984	1985	1974/84	1984	1985	1974/84	1984	1985	1974/84	1984	1985
	mm			Anzahl			Grad C			Stunden		
Januar	79	134	58	20	25	20	1,1	1,7	-4,3	36	23	35
Februar	56	97	31	13	17	6	1,2	0,7	-2,4	75	72	125
März	70	39	66	17	11	21	4,9	2,7	3,4	100	139	76
April	54	50	62	14	12	15	7,4	7,0	8,2	167	187	155
Mai	78	154	60	16	22	15	11,7	10,2	13,4	185	103	164
Juni	71	62	95	15	13	18	15,5	14,1	13,8	190	190	151
Juli	72	61	57	13	13	11	17,3	16,6	17,7	200	205	235
August	61	42	71	11	9	17	16,7	17,1	15,9	192	185	195
September	62	152	35	13	20	9	13,5	12,3	13,9	139	66	174
Oktober	72	63	17	16	17	7	8,6	10,1	8,5	78	76	135
November	78	84	...	16	13	...	4,5	5,3	...	49	42	...
Dezember	93	39	...	18	14	...	1,7	1,8	...	32	19	...

1) Durchschnitte errechnet nach den Messungen des Deutschen Wetterdienstes in den Stationen Bad Marienberg, Blankenrath, Manderscheid, Mayen, Bernkastel, Birkenfeld, Alzey, Neustadt a. d. Weinstraße und Pirmasens.



Eis sehr schnell abtauen. Danach gestaltete sich die Witterung bei atlantischen Tiefdruckeinflüssen sehr wechselhaft und mild. Verschiedentlich traten ergiebige Regenfälle auf, während die Temperaturen vor allem im südlichen Landesteil mehrfach Werte von + 15 Grad Celsius und darüber erreichten. Ende Oktober bei völliger Trockenheit und Anfang November gesäter Winterweizen konnte nun auflaufen.

Wiederum reichliche Getreideernte

Die Gesamtfläche an Getreide ist 1985 um gut 1 000 ha ausgedehnt worden. Infolge der regenreichen Witterung im Herbst 1984 kam es bei verschiedenen Arten zu erheblichen Anbauverschiebungen. Insbesondere der Winterweizen wurde um rund 9 000 ha eingeschränkt, die Sommergerste dagegen um 8 000 ha erweitert. Leichte Zunahmen erfuhren die Anbauflächen von Sommerweizen und Hafer.

Die häufigen Regenfälle in der zweiten Juli- und ersten Augushälfte verhinderten eine frühe Reife des Getreides. Dies hatte den Vorteil, daß der ursprüngliche Wachstumsrückstand noch ausgeglichen wurde und für die Kornfüllung genügend Zeit zur Verfügung stand. Andererseits war das Getreide vielerorts in Lagerung übergegangen und teilweise vom Unkraut überwuchert. In den klimatisch begünstigten Gebieten setzten die Erntearbeiten bei der Wintergerste Ende Juli an einzelnen trockenen Tagen ein und kamen hier insgesamt in

der letzten Augustwoche zum Abschluß. In den Höhengebieten des nördlichen Landesteiles konnten die Mähdrescher zu diesem Zeitpunkt überhaupt erst verbreitet zum Einsatz gelangen. Das letzte Getreide wurde hier in der zweiten Septemberwoche bei trockenem Spätsommerwetter eingebracht.

Die Getreideernte insgesamt belief sich 1985 auf 1,59 Mill. t und blieb damit um 4,5 % unter dem bisher höchsten Ergebnis aus dem Jahre zuvor. Diese Erntemenge war gleichzeitig auch das zweitgrößte Getreideaufkommen in Rheinland-Pfalz. Es wurde ein Hektarertrag von 48,1 dt im Durchschnitt für alle Arten erzielt, gegenüber 50,5 dt im Vorjahr und 43,1 dt im Sechsjahresdurchschnitt 1979/84. Die Ernte an Winterweizen lieferte infolge eingeschränkter Fläche und geringerer Erträge fast 100 000 t weniger als im Jahre 1984. Mit 55,9 dt je Hektar wurde aber der mehrjährige Durchschnitt noch um 13 % übertroffen. Mit 43,3 dt brachte die Sommergerste den bisher höchsten Hektarertrag in Rheinland-Pfalz. Der Ertrag des Roggens stand mit 45 dt an der Spitze aller Bundesländer.

Um die Ackerböden durch abwechslungsreichere Fruchtfolgen zu verbessern, ist der Anbau von Winterfrüchten in den letzten Jahren in Rheinland-Pfalz kräftig ausgedehnt worden. Als Folge der ungünstigen Aussaatbedingungen im September 1984 und des harten Winters ging der Anbau 1985 jedoch um 1 400 ha auf 9 300 ha zurück. Auch die Hülsenfrüchte erfuhren eine

erhebliche Anbauerweiterung, ihre Gesamtfläche ist jedoch mit fast 1 000 ha noch gering. Bei etwas höheren Hektarerträgen lieferte der Winterraps mit knapp 23 000 t eine wenig geringere Erntemenge als im Jahr zuvor. Das Aufkommen an Hülsenfrüchten war mit 4 000 t deutlich größer. Von einer gleichgroßen Anbaufläche und ähnlichen Hektarerträgen wie in den Vergleichsjahren fielen fast 18 000 t Körnermais an.

Trotz einiger Verluste auch hohe Futtermengen

Nach einer zeitweiligen Entwicklungsverzögerung im Frühjahr und Anfang Juni verlief das Wachstum auf den Wiesen und Weiden sowie der Futterpflanzen auf dem Ackerland von Ende Juni bis Mitte Oktober sehr vorteilhaft. In den klimatisch begünstigten Gebieten konnte auch vom ersten Rohfutterschnitt bereits ein qualitativ hochwertiges Futter eingefahren werden. In den Höhengebieten, wo der größte Teil des Dauergrünlandes zu finden ist, verzögerte sich die erste Heuwerbung jedoch infolge späten Wachstumsbeginns und häufiger Regenfälle in der zweiten Junihälfte bis Mitte Juli. Dadurch traten hier einige Qualitäts- und auch Mengenverluste ein.

Die gesamte Rohfutterernte belief sich auf 1,45 Mill. t (in Heu gerechnet). Bei einer Flächenausweitung um

2 % wurde das schon hohe Ergebnis von 1984 noch um annähernd 90 000 t oder 6 % übertroffen. Die Zunahme ist hauptsächlich auf höhere Flächenleistungen zurückzuführen, die mit 75,6 dt je Hektar für alle Arten zusammen um 4 % über der des Vorjahres und um 9 % über dem Sechsjahresdurchschnitt 1979/84 lagen. Gut 90 % der gesamten Rohfutterernte stammten von Wiesen und von Mähweiden, die mit 72,8 bzw. 78,8 dt wesentlich über dem Durchschnitt liegende Hektarerträge brachten. Da auch der Grünmais trotz einer leicht eingeschränkten Anbaufläche mit 900 000 t noch eine etwas größere Menge erbrachte, dürfte für die Versorgung der Rinderbestände im Laufe des Winters wirtschafts eigenes Grundfutter in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

Gute Kartoffel- und Rübenerten

Die Bestellung der Hackfrüchte konnte erst mit einiger Verzögerung erfolgen. Dabei wurde der Anbau von Frühkartoffeln deutlich um 24 % auf 4 100 ha ausgeweitet, während die Fläche der Spätkartoffeln (8 400 ha) nochmals leicht zurückging. Die Gesamtfläche verzeichnete damit wieder einen Zugang auf 12 500 ha. Im Jahre 1960 waren Kartoffeln noch auf 87 000 ha und

Anbau und Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1985

Fruchtart	Anbaufläche		Hektarertrag			Erntemenge	
	1984	1985	D 1979/84	1984	1985	1984	1985
	1 000 ha			dt		1 000 t	
Getreide	329,6	330,9	43,1	50,5	48,1	1 665,6	1 590,6
Weizen	114,2	106,9	49,3	59,8	55,4	683,0	592,4
Winterweizen	110,2	101,1	49,6	60,1	55,9	662,2	565,5
Sommerweizen	4,1	5,7	42,5	51,1	46,9	20,8	26,9
Roggen	29,2	29,1	39,5	48,5	45,0	141,5	130,8
Wintermenggetreide	0,9	2,3	39,3	46,5	42,5	4,4	9,8
Gerste	133,8	138,4	41,4	47,3	46,0	633,2	636,4
Wintergerste	51,9	48,7	48,1	56,3	50,9	292,6	247,8
Sommergerste	81,8	89,8	37,5	41,6	43,3	340,6	388,7
Hafer	42,9	44,9	37,2	39,7	40,9	170,6	183,4
Sommernenggetreide	8,5	9,3	35,5	38,8	40,5	32,9	37,8
Speiseerbsen und -bohnen	0,2	0,3	27,2	30,3	37,1	0,8	1,3
Ackerbohnen	0,6	0,6	32,0	37,1	39,5	2,1	2,6
Winterraps	10,7	9,3	24,2	23,2	24,3	24,8	22,7
Körnermais	2,9	2,9	61,0	59,3	60,6	17,3	17,5
Kartoffeln	11,8	12,5	251,0	297,9	304,0	351,8	379,9
Frühkartoffeln	3,3	4,1	227,9	264,6	277,2	88,4	114,8
Spätkartoffeln	8,5	8,4	260,0	311,0	317,3	263,4	265,0
Zuckerrüben	22,2	23,1	518,7	531,7	509,1	1 179,4	1 176,8
Runkelrüben	7,7	6,8	891,9	838,4	976,7	649,6	667,0
Rohfutter (Heuertrag)	187,6	191,2	69,1	72,5	75,6	1 360,1	1 445,7
Wiesen	102,0	99,1	67,4	70,7	72,8	721,1	721,3
Mähweiden	74,4	78,6	71,1	74,3	78,8	552,8	619,5
Grasanbau auf dem Ackerland	3,9	6,5	70,3	74,1	75,8	29,2	49,6
Klee und Klee gras	5,3	5,2	72,2	78,8	78,5	41,9	40,9
Luzerne	1,9	1,8	76,0	78,8	80,7	15,2	14,4
Grünmais	19,5	18,3	481,3	451,1	491,4	881,9	900,1

Hektarerträge ausgewählter Getreidearten 1970–1985



1970 auf 53 000 ha angebaut worden. Der Anbau von Zuckerrüben erfuhr eine Ausdehnung um 4 % auf 23 100 ha, der von Runkelrüben eine erneute Reduzierung um 12 % auf nunmehr 6 800 ha.

Das Wachstum der Hackfrüchte wurde Ende Mai und Anfang Juni zunächst durch Trockenheit behindert. Ab Mitte Juni verlief die Entwicklung dann sehr vorteilhaft. Auf den Flächen außerhalb der Vorderpfalz, wo keine Beregnung möglich ist, kam das Wachstum der Zuckerrüben jedoch Mitte Oktober infolge einer tiefgründigen Austrocknung der Ackerböden zum Stillstand. Die Ernten der Spätkartoffeln und Rüben konnten im wesentlichen unter günstigen Bedingungen zügig eingebracht werden.

Die Frühkartoffeln lieferten 277 dt und die Spätkartoffeln einschließlich der mittelfrühen Sorten 317 dt je Hektar. Beide Flächenleistungen blieben damit noch

etwas über den schon hohen Ergebnissen des Vorjahres und ganz erheblich (zusammen + 21 %) über dem mehrjährigen Durchschnitt. Die Kartoffelernte insgesamt betrug 380 000 t und übertraf die vorjährige Menge um 8 %.

Die Hektarerträge der Zuckerrüben erreichten die Vergleichswerte der Vorjahre infolge der extremen Trockenheit im Oktober nicht ganz, erbrachten aber mit 509 dt noch ein beachtliches Ergebnis. Bei den Runkelrüben wurden mit 977 dt je Hektar die Ergebnisse des Vorjahres um 17 % und die im Sechsjahresdurchschnitt 1979/84 um 10 % übertroffen. Die Gesamternte belief sich bei den Zuckerrüben auf 1,18 Mill. t und entsprach knapp der vorjährigen Menge. Runkelrüben fielen insgesamt 667 000 t an. Damit stehen für die Fütterung der Rinderbestände 3 % mehr zur Verfügung als im letzten Winter.

Dr. Johannes Töniges

Maschinelle Berechnung der Ausgleichszulage für landwirtschaftliche Betriebe in benachteiligten Gebieten

Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes wird die Ausgleichszulage für landwirtschaftliche Betriebe in benachteiligten Gebieten ab 1985 nach einer neuen Konzeption ermittelt. Damit ergab sich auch die Notwendigkeit einer Neuentwicklung des maschinellen Verfahrens zur Berechnung, Bescheidschreibung und Zahlbarmachung dieser Verwaltungsaufgabe.

Die Gewährung einer Ausgleichszulage ist zur Sicherung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit in Teilräumen mit ungünstigen natürlichen Standortbedingungen oder spezifischen Nachteilen vorgesehen. Bereits seit der Einführung dieser Förderungsmaßnahme im Jahre 1975 erfolgt die maschinelle Abwicklung im Statistischen Landesamt.

Neukonzeption der Ausgleichszulage

Die Zielsetzung der bisherigen Förderung war darauf gerichtet, landwirtschaftlichen Betrieben in Kerngebieten¹⁾ einen Ausgleich naturbedingter Nachteile zu gewähren. Nach der neuen Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten vom 2. April 1985 (Min. Bl. 1985, S. 144) soll darüber hinaus auch ein Ausgleich auf die Einkommensverluste nach Einführung der Garantiemengenregelung bei der Milch geschaffen werden. Des weiteren wird die Zahlung der Zulage auf alle benachteiligten Gebiete¹⁾ ausgedehnt. Auch die Einkommensgrenzen für eine Gewährung der Ausgleichszulage sind neu festgelegt. Danach darf das landwirtschaftliche und außerlandwirtschaftliche Einkommen (Summe der positiven Einkünfte) des Antragstellers und seines Ehegatten 50 000 DM, bei Familienbetriebsgemeinschaften 65 000 DM, darunter aus nichtlandwirtschaftlichen Einkünften 30 000 DM, nicht überschreiten. Nichtlandwirtschaftliche Einkünfte von über 20 000 DM führen zu einer Kürzung der Ausgleichszulage. Die Konzentration des Mitteleinsatzes auf einkommensschwache kleine und mittlere Haupterwerbsbetriebe ist aus sozialen Gründen erforderlich, da die Landwirte-Familien in dieser Betriebsgruppe die geringsten Einkommen haben.

Berechnungsverfahren

Landwirtschaftliche Betriebe erhalten auf Antrag eine Ausgleichszulage, wenn sie mindestens 3 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche in den benachteiligten Gebieten bewirtschaften. Der Landwirt muß sich gleichzeitig verpflichten, den Betrieb noch mindestens fünf Jahre aufrechtzuerhalten. Von dieser Verpflichtung kann

er aus Altersgründen (Bezug von Altersgeld), bei Aufforstungen oder höherer Gewalt (Enteignung) befreit werden.

Bemessungsgrundlage ist bei Rindvieh-, Schaf-, Ziegen- und (neuerdings auch) Pferdehaltung der in Großvieheinheiten (GVE) ausgedrückte Viehbestand je Betrieb. Milchkühe können bis zu höchstens zehn Tieren je Betrieb in die Berechnung einbezogen werden. Die Umrechnung der Viehbestände in Großvieheinheiten erfolgt nach folgendem Umrechnungsschlüssel:

- Kühe und Rinder	
von mehr als zwei Jahren	1,00 GVE
- Rinder von sechs Monaten	
bis zu zwei Jahren	0,60 GVE
- Schafe (Muttertiere)	0,15 GVE
- Ziegen (Muttertiere)	0,15 GVE
- Pferde von mehr als sechs Monaten	1,00 GVE

Pro Betrieb wird höchstens eine Großvieheinheit je Hektar anrechenbare Futterfläche berücksichtigt. Soweit Betriebe überwiegend auf extensive Viehhaltung, also Mutterkuh-, Pferde-, Mutterschaf-, Ziegen- und/oder Pensionsviehhaltung, ausgerichtet sind, wird insoweit eine erhöhte Ausgleichszulage gewährt. Ansonsten ist der Betrag je Großvieheinheit abhängig von der im Rahmen der Milchgarantiemengenregelung zugeteilten Referenzmenge des Betriebes, eingeteilt in sieben Größenklassen, sowie von der Betriebslage (Kerngebiet oder sonstiges benachteiligtes Gebiet). Die Beträge je GVE reichen von 120 DM bis 230 DM. Die Ausgleichszulage darf bei milchviehhaltenden Betrieben mit mehr als 150 000 kg Referenzmenge in den Kerngebieten 6 000 DM und in den übrigen benachteiligten Gebieten 4 000 DM je Antragsteller und Jahr nicht überschreiten. Betriebe, die in größerem Umfang auch extensive Viehhaltung betreiben und weniger als 150 000 kg Referenzmenge haben, können eine Ausgleichszulage bis zu 12 000 DM erhalten. Beträge unter 450 DM (Bagatellgrenze) werden nicht ausbezahlt.

Verfahrensablauf

Zuständige Bewilligungsbehörden für die Ausgleichszulage sind die Bezirksregierungen. Das Statistische Landesamt erstellt den Bewilligungsbehörden im Frühjahr aus der Datei der vom Vorjahr gespeicherten Betriebe die Versandunterlagen (Anschriftenlisten und Adreßaufkleber der Antragsteller), um die Antragvordrucke den landwirtschaftlichen Betrieben zuleiten zu können (in diesem Jahr war dies nur für die bisher förderungsberechtigten Kerngebiete möglich). Die Anträge werden von den landwirtschaftlichen Beratungsstellen und den Landwirtschaftsschulen entgegengenommen und einer Vorprüfung unterzogen. Die Bewilligungsbehörden, zu denen die Anträge weitergeleitet werden, setzen aufgrund der Angaben der Antragsteller die maß-

1) Zur Gebietsabgrenzung siehe W. Laux: Landwirtschaftliche Betriebe in benachteiligten Gebieten 1983, Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 38, Heft 6, Juni 1985.

gebenden Flächen und Viehbestände fest. Anschließend erfolgt die Weiterleitung der vorbereiteten Anträge zum Statistischen Landesamt.

Hier werden alle auf Datenträger übernommenen Angaben aus den Anträgen umfassend auf Plausibilität geprüft. Für die Prüfung der Angaben des laufenden Antrages mit denen aus dem Vorjahr setzt das Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten Toleranzzuschläge für die anrechenbare Futterfläche und die anrechenbaren Großvieheinheiten fest, bei deren Überschreitung in der Bestands- und Plausibilitätsliste ein Prüfhinweis für die Bewilligungsbehörden ausgedruckt wird. Nach der Korrektur aufgetretener Fehler schließt sich die maschinelle Berechnung der Ausgleichszulage an. Das Ergebnis spiegelt sich im Bescheidausdruck als Bewilligung einer Ausgleichszulage oder als Ablehnung wieder. Dort wird auch erläutert, weshalb der Antrag abgelehnt ist bzw. aus welchen Gründen der errechnete Betrag nur als verminderte Zulage ausgezahlt werden kann. Den Versand der Bescheide an die Antragsteller nimmt nach Überprüfung die Bewilligungsbehörde vor.

Das maschinelle Verfahren beinhaltet weiterhin die Zahlbarmachung der Ausgleichszulagen. Für die Bewilligungsbehörden werden Zahlungslisten mit den Zahlungsvorgängen erstellt. Die Auszahlung selbst erfolgt im bargeldlosen Datenträgeraustausch mit der Landesbank in Mainz. Die Belastungsbuchungen sind auf die jeweiligen Regierungshauptkassen ausgestellt.

Das Datenmaterial wird für das zuständige Landesministerium statistisch aufbereitet, und zwar als eine Statistik nach Größenklassen der Auszahlungsbeträge, eine Statistik der Förderungsbeträge nach Fördergebiet, Einkünften und Referenzmenge sowie eine Statistik als Zweijahresvergleich mit der Veränderung der landwirtschaftlich genutzten Fläche und der Großvieheinheiten.

Die ADV-Programme sind so flexibel gestaltet, daß alternative Proberechnungen möglich sind, die erkennen lassen, welche Veränderungen sich im Einzelfall, aber insbesondere im Gesamtförderbetrag ergeben, wenn berechnungsrelevante Grund- oder Eckdaten wie zulässige Einkommenshöhe, Größenklassenbildung der Referenzmenge Milch, Grundförderbetrag je Großvieheinheit verändert werden.

Ergebnisse 1985

Im Jahr 1985 wurden 7 363 Anträge auf Gewährung einer Ausgleichszulage gestellt. Sie wurden erstmals nach der erweiterten Verwaltungsvorschrift maschinell berechnet. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Anträge um rund 4 200 erhöht.

Diplom-Volkswirt Otmar Form

Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse öffentlicher Unternehmen

Wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden

Die Gemeinden haben als Träger der öffentlichen Verwaltung alle notwendigen Maßnahmen zur Förderung des Wohls ihrer Einwohner zu ergreifen. Während ursprünglich die Hoheitsverwaltung im Vordergrund der kommunalen Tätigkeit stand, haben nicht-hoheitliche Aufgabenerfüllung und wirtschaftliche Betätigung an Gewicht gewonnen. Diese Entwicklung setzte etwa in der Mitte des 19. Jahrhunderts ein, als im Zuge fortschreitender Technisierung Betriebe zur zentralen Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität, Gas und Wasser und mit dem Anwachsen der Städte Verkehrsbetriebe eingerichtet wurden. Diese der Daseinsvorsorge dienende wirtschaftliche Betätigung gehört zu den aus dem Selbstverwaltungsrecht abgeleiteten Aufgaben der Gemeinden. Darüber hinaus ist die Abfall- und Abwasserbeseitigung eine Pflichtaufgabe der Kommunen. Die öffentlichen Unternehmen in anderen Wirtschaftsbereichen sind in diesem Zusammenhang nicht von Interesse, da ihre Finanzen nicht in die Statistik der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen einbezogen sind.

Die Gemeinden haben mehrere Möglichkeiten, sich wirtschaftlich zu betätigen. Die Grundsätze für eine wirtschaftliche Betätigung der Kommunen sind in der Gemeindeordnung festgelegt. Danach darf eine

Gemeinde ein Unternehmen, dessen Zweck darauf gerichtet ist, an dem vom Wettbewerb beherrschten Wirtschaftsleben teilzunehmen und dabei Gewinne zu erzielen, nur dann errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- (1) der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt,
- (2) das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf steht,
- (3) der Zweck nicht besser und wirtschaftlicher durch einen anderen erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Die letzte Voraussetzung spielt bei der Diskussion über die Privatisierung öffentlicher Leistungen eine Rolle, die von den hier angesprochenen Bereichen insbesondere die Entsorgungs- und Verkehrsunternehmen betrifft.

Die wirtschaftlichen Aktivitäten der Gemeinden können unter verschiedenen Rechtsformen betrieben werden. Bei den Regiebetrieben handelt es sich um Abteilungen der allgemeinen Verwaltungen ohne eigenes Sondervermögen, deren gesamte Ausgaben und Einnahmen im Haushaltsplan der Gemeinde geführt und deshalb im Rahmen der Haushaltsrechnungsstatistik der Körperschaft erfaßt werden. Wird die wirtschaftliche Betätigung aus dem Haushalt ausgegliedert, weil zum

**Umsatzerlöse, Personal- und laufender Sachaufwand sowie Sachinvestitionen öffentlicher
Versorgungs-, Entsorgungs- und Verkehrsunternehmen 1983**

Aufgabengebiet	Umsatzerlöse			Personal- und laufender Sachaufwand			Sachinvestitionen		
	Regie- betriebe	Eigen- betriebe, Zweck- verbände	Rechtlich selbst. Unter- nehmen	Regie- betriebe	Eigen- betriebe, Zweck- verbände	Rechtlich selbst. Unter- nehmen	Regie- betriebe	Eigen- betriebe, Zweck- verbände	Rechtlich selbst. Unter- nehmen
	1 000 DM								
Versorgungsunternehmen	4 660	642 222	2 567 174	8 279	487 857	2 369 109	3 527	225 454	236 082
Elektrizitätsversorgung	964	48 091	1 876 155	3 770	42 560	1 758 302	140	13 347	159 596
Gasversorgung	–	5 892	156 333	27	5 446	144 799	160	245	17 706
Wasserversorgung	3 696	264 053	10 870	4 187	162 455	7 757	3 227	170 968	2 213
Kombinierte Versorgungs- unternehmen	–	324 186	523 816	295	277 396	458 251	–	40 894	56 567
Entsorgungsunternehmen	414 177	203 416	–	434 139	103 591	–	195 415	260 659	–
Verkehrsunternehmen	1 046	2 974	48 852	1 787	3 082	67 189	257	205	4 675
Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	–	585 857	1 077 172	3 451	531 924	987 713	95	76 734	88 026
Insgesamt	419 883	1 434 469	3 693 198	447 656	1 126 454	3 424 011	199 294	563 052	328 783

Beispiel in die Betriebsführung verstärkt Grundsätze kaufmännischer Wirtschaftsführung und Rechnungslegung einfließen sollen, kann ein Eigenbetrieb oder ein rechtlich selbstständiges Unternehmen gegründet werden. Der Eigenbetrieb besitzt keine eigene Rechtspersönlichkeit und bleibt somit rechtlich Teil der Verwaltung und des Vermögens der Gemeinde. Er ist jedoch organisatorisch weitgehend verselbständigt und finanzwirtschaftlich als gemeindliches Sondervermögen getrennt vom dem übrigen Vermögen der Gemeinde zu verwalten und nachzuweisen. Darüber hinaus bietet die Eigenbetriebsverordnung die Möglichkeit, nicht-wirtschaftliche Einrichtungen mit einem Eigenbetrieb zu verbinden oder nach den Vorschriften dieser Verordnung zu verwalten. Wachsende praktische Bedeutung hat diese Bestimmung mit der Aufgabenübertragung von den Ortsgemeinden auf die Verbandsgemeinden zum Beispiel für die Abwasserbeseitigung erlangt, weil mit der Errichtung von Eigenbetrieben für die Wasserversorgung die Abwasserbeseitigungsanlagen damit verbunden oder ein separater Eigenbetrieb gegründet werden können. Wenn mehrere Gemeinden sich gemeinsam wirtschaftlich betätigen wollen, kommt die Bildung von Zweckverbänden in Frage. Zweckverbände besitzen ebenso wie die Gesellschaften des privaten Rechts eigene Rechtspersönlichkeit.

Zwei Drittel des Umsatzes werden von den rechtlich selbstständigen Unternehmen erwirtschaftet

Die Bedeutung der einzelnen Organisationsformen für die wirtschaftlichen Aktivitäten der Kommunen ist recht unterschiedlich. Zahlenmäßig überwiegen die kommunalen Eigenbetriebe einschließlich der Zweckverbände, die ihren Schwerpunkt im Bereich der Wasserversorgung haben. Im Jahre 1983 waren in Rheinland-Pfalz 373 Eigenbetriebe und Zweckverbände tätig, davon in der Wasserversorgung 173. An zweiter Stelle folgen die Regiebetriebe mit 135 Einheiten. Sie haben ihre Domäne im Bereich der Entsorgung mit 105 Betrieben. Bei den Regiebetrieben ist zu beachten, daß sie nur dann als solche gezählt werden, wenn die Gemeinde in

den entsprechenden Aufgabengebieten Gebühreneinnahmen von mindestens 1 000 DM nachweist. Unberücksichtigt bleiben Fälle, wenn bereits in der Bilanzstatistik ein Eigenbetrieb gemeldet wird. Dies gilt auch für die Verbandsgemeinden und kreisangehörigen Gemeinden, die im Aufgabengebiet Abfallbeseitigung Gebühreneinnahmen erzielen, da es sich hierbei überwiegend um örtliche Bauschuttplätze handelt. Diese Regelung gilt nur bei der Ermittlung der Anzahl der Regiebetriebe, dagegen werden alle DM-Beträge berücksichtigt.

Die 34 rechtlich selbstständigen Unternehmen erwirtschafteten 1983 einen Umsatz in Höhe von 3,7 Mrd. DM. Das entspricht zwei Drittel des insgesamt getätigten Wertes. Etwa die Hälfte davon wurde im Bereich der Elektrizitätsversorgung erzielt. Von den Eigenbetrieben und Zweckverbänden wurden 1,4 Mrd. DM oder 26 % des Gesamtvolumens umgesetzt, von den Regiebetrieben 0,4 Mrd. DM. Mit einem Durchschnittsumsatz von 3,1 Mill. DM lagen die Regiebetriebe am unteren Ende der Skala. Nur geringfügig mehr setzten die Eigenbetriebe und Zweckverbände um, die im Schnitt 3,8 Mill. DM verbuchten. Deutlich über dem Durchschnitt von 10,2 Mill. DM lagen die rechtlich selbstständigen Unternehmen mit 108,6 Mill. DM.

Für Personal und laufende Sachmittel wurden 5 Mrd. DM aufgewandt. Entsprechend ihrer Größe hatten die rechtlich selbstständigen Unternehmen hieran den höchsten Anteil. Sie hatten ebenso wie die Regiebetriebe gemessen am Umsatz eine überproportionale Aufwandsquote. Anders ausgedrückt heißt dies, daß die Eigenbetriebe und Zweckverbände mit einem niedrigeren Personal- und laufenden Sachaufwand ihre Umsatzerlöse erwirtschafteten als die übrigen Organisationsformen. Dies gilt vor allem für die Bereiche Wasserversorgung und Entsorgung, in denen die Aufwands-Ertrags-Relation besonders günstig ist.

In langlebige Wirtschaftsgüter investierten 1983 die Betriebe 1,1 Mrd. DM. Gut die Hälfte davon entfiel auf die

**Bilanzen der öffentlichen Versorgungs-, Entsorgungs- und Verkehrsunternehmen
nach Aufgabengebieten für das Wirtschaftsjahr 1983**

Aktiva Passiva	Insgesamt		Versorgungs- unternehmen		Entsorgungs- unternehmen		Verkehrs- unternehmen		Kombinierte Versorgungs- und Verkehrs- unternehmen	
	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
Aktiva										
Anlagevermögen	7 877 624	82,0	3 877 328	78,6	2 340 592	93,0	107 624	76,5	1 552 077	76,9
Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	7 658 305	79,7	3 742 841	75,9	2 330 999	92,6	100 857	71,7	1 483 605	73,5
Finanzanlagen	219 319	2,3	134 486	2,7	9 593	0,4	6 767	4,8	68 471	3,4
Beteiligungen	167 494	1,8	102 979	2,1	285	0,0	2 102	1,5	62 126	3,1
Umlaufvermögen	1 547 469	16,1	985 191	20,0	110 665	4,4	28 816	20,5	422 795	20,9
Vorräte	141 221	1,5	112 728	2,3	2 493	0,1	2 285	1,6	23 713	1,1
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	816 524	8,5	494 046	10,0	48 953	2,0	1 790	1,3	271 731	13,5
Kassenbestand ¹⁾	43 868	0,5	23 729	0,5	14 613	0,6	87	0,1	5 437	0,3
Guthaben bei Kreditinstituten	146 960	1,5	102 178	2,1	3 596	0,1	3 514	2,5	37 668	1,9
Wertpapiere des Umlaufvermögens	28 734	0,3	28 734	0,6	—	—	—	—	—	—
Forderungen an verbundene Unternehmen	105 613	1,1	79 399	1,6	7 196	0,3	5 858	4,2	13 157	0,6
Forderungen an Gebietskörperschaften	110 661	1,1	29 392	0,6	25 899	1,0	11 585	8,2	43 783	2,2
Sonstige Vermögensgegenstände	153 884	1,6	114 980	2,3	7 905	0,3	3 694	2,6	27 302	1,3
Rechnungsabgrenzungsposten	25 165	0,3	15 368	0,3	1 665	0,1	416	0,3	7 714	0,4
Bilanzverluste	158 839	1,6	56 658	1,1	62 637	2,5	3 842	2,7	35 700	1,8
Verlustvortrag	127 426	1,3	44 760	0,9	47 182	1,9	3 326	2,3	32 157	1,6
Jahresverlust	31 413	0,3	11 898	0,2	15 455	0,6	516	0,4	3 543	0,2
Passiva										
Eigenkapital	3 512 470	36,6	1 846 754	37,4	1 121 300	44,6	47 838	34,0	496 574	24,6
Grund-/Stammkapital	1 833 145	19,1	1 026 156	20,8	450 007	17,9	28 458	20,2	328 522	16,3
Rücklagen	1 679 325	17,5	820 598	16,6	671 293	26,7	19 380	13,8	168 052	8,3
Sonderposten mit Rücklagenanteil	1 512 375	15,7	662 137	13,4	609 400	24,2	436	0,3	240 398	11,9
Rückstellungen	579 999	6,1	403 043	8,2	4 328	0,2	22 382	15,9	150 244	7,5
Pensionsrückstellungen	360 617	3,8	245 280	5,0	—	—	19 103	13,6	96 233	4,8
Übrige Rückstellungen	219 382	2,3	157 763	3,2	4 328	0,2	3 279	2,3	54 010	2,7
Langfristige Verbindlichkeiten ²⁾	2 609 190	27,2	1 291 052	26,1	634 530	25,2	55 781	39,7	627 825	31,1
Andere Verbindlichkeiten	1 292 086	13,4	666 061	13,5	129 816	5,2	12 181	8,7	484 025	24,0
Rechnungsabgrenzungsposten	3 514	0,0	2 529	0,1	246	0,0	55	0,0	683	0,0
Bilanzgewinne	99 460	1,0	62 965	1,3	15 936	0,6	2 021	1,4	18 533	0,9
Gewinnvortrag	11 319	0,1	6 109	0,1	4 859	0,2	146	0,1	203	0,0
Jahresgewinn	88 141	0,9	56 856	1,2	11 077	0,4	1 876	1,3	18 330	0,9
Bilanzsumme	9 609 100	100,0	4 934 547	100,0	2 515 565	100,0	140 701	100,0	2 018 287	100,0

1) Einschl. Wechsel, Schecks sowie Bundesbank- und Postscheckguthaben. — 2) Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens 4 Jahren.

Eigenbetriebe und Zweckverbände, bei denen in die Bereiche Versorgung und Entsorgung nahezu die gleichen Beträge flossen. Gegenüber dem Vorjahr reduzierten sie ihr Investitionsvolumen um 8,3 %. Obwohl die rechtlich selbständigen Unternehmen die mit großem Abstand höchsten Umsatzerlöse erwirtschafteten, investierten sie mit 329 Mill. DM deutlich weniger als die Eigenbetriebe und Zweckverbände. Für Investitionsgüter verausgabten die Regiebetriebe nur 199 Mill. DM, das sind 15,8 % weniger als im Vorjahr. Der Rückgang war damit ausgespäteter als bei den übrigen Rechtsformen.

Bilanzsumme um 5 % gestiegen

In der folgenden Darstellung der Bilanzstruktur, der Finanzierungsverhältnisse und der Ertragslage werden die Zahlen der Statistik der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen herangezogen. Unberücksichtigt blieben die Werte für die Regiebetriebe.

Ende 1983 wiesen die öffentlichen Wirtschaftsunternehmen eine Bilanzsumme von 9,6 Mrd. DM aus. Gegenüber dem Vorjahr hat sie um 5 % zugenommen. Kapital und Vermögen der Betriebe sind damit zwar deutlich langsamer als 1982 gewachsen (+ 11 %), weiteten sich aber stärker aus als die Umsätze, die 1983 um 4,1 % stiegen. In der Vermögensstruktur schlug sich dies kaum nieder. Gegenüber dem Vorjahr erfolgte eine geringfügige Umschichtung innerhalb der Aktiva zu Lasten des Anlagevermögens und zugunsten des Umlaufvermögens um 0,2 Prozentpunkte. Hierzu hat die insgesamt nachlassende Investitionstätigkeit beigetragen, die besonders ausgeprägt bei der Wasserversorgung und Entsorgung auftrat.

Die Vermögensstruktur der Unternehmen ist je nach dem Aufgabengebiet recht unterschiedlich. Die Entsorgungsunternehmen hatten 1983 mit 93 % den höchsten Anteil in Anlagegütern festgelegt, wobei naturgemäß auf die Abwassersammel- und Kläranlagen der weitaus größte Betrag entfiel. Korrespondierend dazu hatte das Umlaufvermögen mit 4,4 % nur einen geringen Stellenwert. Die Struktur in den übrigen drei Betriebssparten war annähernd identisch. Der Anteil des Anlagevermögens an den Aktiva schwankte zwischen 78,6 % (Versorgung) und 76,5 % (Verkehr).

Die Kapitalstruktur hat sich 1983 nicht nennenswert verändert. Auf das Eigenkapital entfielen 36,6 % der eingesetzten Mittel, im Jahr zuvor waren es 36,5 %. Die Eigenmittelausstattung der öffentlichen Unternehmen hat sich damit auf einem befriedigenden Stand stabilisiert, nachdem 1979 noch eine Quote von 37,9 % registriert werden konnte. Die Unterschiede nach Aufgabengebieten sind aber beachtlich. Die kombinierten Verkehrs- und Versorgungsunternehmen verzeichneten die kleinste Eigenkapitaldecke (24,6 %), während die Entsorgungsunternehmen mit 44,6 % die höchste Eigenmittelquote aufwiesen. Der Anteil der langfristigen Verbindlichkeiten lag Ende 1983 bei 27,2 %, nur die Verkehrsbetriebe (39,7 %) sowie die kombinierten Versorgungs- und Verkehrsunternehmen (31,1 %) verzeichneten höhere Werte. Wesentlich niedriger war die Quote für die kurzfristigen Verbindlichkeiten, die 13,4 % des eingesetzten Kapitals stellten.

46 % der Sachanlagen durch Eigenkapital gedeckt

Nach den Grundsätzen der Finanzierung sollen sich die einer Unternehmung zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel und deren Verwendung in ihrer Fristigkeit entsprechen. Dies kann zum Beispiel bedeuten, daß die Sachanlagen und immateriellen Anlagewerte durch Eigenkapital gedeckt sein sollen, was aber weder von den öffentlichen noch den übrigen Unternehmen realisiert ist. Die horizontale Eigenkapitalquote betrug 1983 knapp 46 %. Gegenüber dem Vorjahr ist sie nur geringfügig gestiegen, was in erster Linie auf die verbesserte Finanzierung bei den Versorgungsunternehmen zurückzuführen ist, während bei den Entsorgungsunternehmen eine leichte Verschlechterung und bei den übrigen nahezu konstante Werte zu verzeichnen waren.

Auch gilt die Finanzierungsregel, daß das Verhältnis der gesamten langfristig verfügbaren Mittel, die außer dem Eigenkapital auch langfristige Verbindlichkeiten sowie die Pensionsrückstellungen einschließen, zu den langfristig in den Unternehmen gebundenen Vermögensteilen (Sachanlagen, immaterielle Anlagewerte, Beteiligungen) ausgewogen sein soll. Diese Bedingung erfüllen die öffentlichen Wirtschaftsunternehmen nicht, da bei ihnen nur 82,8 % des langfristig gebundenen Vermögens durch langfristig verfügbare Mittel gedeckt ist. Gegenüber dem Vorjahr zeigt sich sogar eine geringfügige Verschlechterung der Finanzierung.

Ihre Liquiditätsausstattung ist jedoch weiter gestiegen. Die liquiden Mittel (Kassenbestand, Bankguthaben, Wertpapiere, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen) entsprachen 1983 gut 80 % der kurzfristigen Verbindlichkeiten gegen 76 % im Vorjahr. Eine deutlich bessere Liquiditätsquote wiesen die Versorgungsunternehmen mit 97,4 % aus. Wesentlich ungünstiger war die Situation bei den Verkehrsunternehmen (44,3 %), die zudem auch noch die geringste Verbesserung zu verzeichnen hatten.

Neben der verbesserten Liquidität ist auch die Eigenfinanzierungskraft gestärkt worden. Hierauf deutet hin, daß die in den Unternehmen selbst erwirtschafteten Mittel (Jahresüberschuß, Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte sowie Erhöhung der Rückstellungen) kräftig zugenommen haben. Sie entsprachen 1983 13,3 % der Fremdmittel (Verbindlichkeiten und Rückstellungen), und damit waren sie um 1,8 Prozentpunkte höher als 1982.

Rentabilität leicht erhöht

Die öffentlichen Wirtschaftsunternehmen erwirtschafteten im Jahre 1982 einen Überschuß von 19 Mill. DM, im Jahre 1983 von 48 Mill. DM. Dadurch erhöhte sich ihre Eigenkapitalrentabilität von 0,6 % auf 1,4 %, was eine relativ geringe Verzinsung des eigenen Kapitals bedeutet. Aber auch die Rendite des gesamten eingesetzten Kapitals war mit 2,8 % nur unwesentlich höher.

Die Relation Gewinn zu Eigenkapital ist in den einzelnen Aufgabengebieten sehr unterschiedlich. Die höchste Rentabilität verzeichneten 1983 die kombinierten Versorgungs- und Verkehrsunternehmen mit 3 %

Gewinn- und Verlustrechnungen der öffentlichen Versorgungs-, Entsorgungs- und Verkehrsunternehmen nach Aufgabengebieten für das Wirtschaftsjahr 1983

Ertrag Aufwand	Insgesamt	Versorgungs- unternehmen	Entsorgungs- unternehmen	Verkehrs- unternehmen	Kombinierte Versorgungs- und Verkehrs- unternehmen
1 000 DM					
Erträge					
Gesamtleistung	5 162 532	3 237 219	191 348	52 066	1 681 898
Umsatzerlöse (netto)	5 105 974	3 204 618	186 499	51 827	1 663 030
Veränderung des Bestandes an fertigen und halbfertigen Erzeugnissen	3 636	- 254	213	- 253	3 931
Aktivierete Eigenleistungen	52 922	32 856	4 635	492	14 937
Erträge aus Finanzanlagen, Zinsen	40 661	20 222	3 233	672	16 530
Übrige Erträge	156 449	79 818	16 876	30 283	29 460
Gesamtertrag	5 359 646	3 337 262	211 463	83 026	1 727 893
Aufwendungen					
Materialverbrauch ¹⁾	3 195 755	2 093 557	32 769	19 917	1 049 510
Personalaufwand	750 544	387 764	27 723	40 738	294 317
Löhne und Gehälter	578 147	289 048	22 750	33 450	232 898
Soziale Abgaben	98 834	48 949	3 500	6 285	40 099
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützungen	73 561	49 767	1 471	1 002	21 319
Abschreibungen und Wertberichtigungen	498 485	289 452	72 551	7 497	128 983
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	216 526	107 232	48 933	4 350	56 008
Steuern	160 353	132 458	478	1 496	25 919
Übrige Aufwendungen	489 953	286 799	33 683	10 980	158 486
Gesamtaufwand	5 311 622	3 297 268	216 143	84 980	1 713 229
Abschluß					
Jahresüberschuß / Jahresfehlbetrag	+ 48 023	+ 39 994	- 4 679	- 1 954	+ 14 663
zuzüglich Entnahmen aus offenen Rücklagen	28 747	24 697	388	3 314	347
abzüglich Einstellungen in offene Rücklagen	20 043	19 732	86	-	223
Jahresgewinn / Jahresverlust	+ 56 728	+ 44 958	- 4 378	+ 1 360	+ 14 787
zuzüglich / abzüglich Gewinnvortrag / Verlustvortrag aus dem Vorjahr	- 116 107	- 38 650	- 42 323	- 3 179	- 31 953
Zu verwendender Gewinn / zu deckender Verlust	- 59 379	+ 6 307	- 46 701	- 1 819	- 17 165

1) Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren.

(Vorjahr 0,3 %). Eine geringere Rendite erzielten die Versorgungsunternehmen mit 2,2 %. Mit einem Fehlbetrag schlossen die Entsorgungsunternehmen (5 Mill. DM) und die Verkehrsunternehmen (2 Mill. DM) ab; bei ihnen waren die Aufwendungen höher als die Erträge.

Auch am Umsatz gemessen ist die Rendite der öffentlichen Unternehmen sehr gering. Im Schnitt verbuchten sie 1983 von jeder umgesetzten Mark 0,9 Pfennig als Gewinn. Im Jahre 1982 hatte der entsprechende Wert bei 0,4 Pfennig gelegen. Die Umsatzrendite war bei den Versorgungsunternehmen (1,2 Pfennig) am besten. Deutlich weniger erreichten die kombinierten Versorgungs- und Verkehrsunternehmen mit 0,9 Pfennig Gewinn je umgesetzter Mark. Bei den Verkehrs- bzw. Entsorgungsunternehmen führte jede umgesetzte Mark zu einem Verlust von 3,8 bzw. 2,5 Pfennig.

Geringer Anstieg der Personalkosten

Verhältnismäßig stark waren die Erfolgsrechnungen der Unternehmen 1983 mit Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren belastet. Auf sie entfielen mit 3 196 Mill. DM 60,2 % des Gesamtaufwands. Der Materialverbrauch stieg um 4,5 % und damit stärker als der Umsatz (4,1 %), so daß sich die Rohertragsspanne, das ist das Verhältnis von Rohertrag zu Gesamtleistung, leicht auf 38,1 % verringert hat. Den Ausschlag gab dabei vermutlich, daß die Preissteigerungen für Vorleistungen nicht im vollen Umfang an die Verbraucher weitergegeben werden konnten.

Die Mehrbelastungen vom Materialverbrauch her sind durch den recht mäßigen Anstieg bzw. Rückgang anderer Kostenelemente ausgeglichen worden. Für das Per-

sonal wurden 751 Mill. DM und damit 3,4 % mehr als im Vorjahr aufgewendet. Insbesondere bei den Löhnen und Gehältern war der Zuwachs um 2,4 % recht gering. Die Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützungen (+ 9,3 %) sowie für soziale Abgaben (+ 4,7 %) sind dagegen überdurchschnittlich stark gestiegen. Sie machen aber nur insgesamt 3,2 % der Gesamtaufwendungen aus, während die Löhne und Gehälter mit 10,9 % ein deutlich größeres Gewicht haben.

Für Abschreibungen und Wertberichtigungen haben die Unternehmen 1983 insgesamt 498 Mill. DM angesetzt. Gegenüber dem Vorjahr sind sie um 10,1 % erhöht worden. Vermutlich haben die besseren Erträge es vielen Unternehmen erleichtert, die gegebenen Abschreibungsmöglichkeiten zu nutzen.

Für die Verzinsung ihrer Verbindlichkeiten mußten die Unternehmen 217 Mill. DM aufbringen, 12,3 % weniger als 1982. Dieser Rückgang ist angesichts der Ausweitung der verzinslichen Verbindlichkeiten überraschend.

Vermutlich gab der durchschnittliche Zinssatz nach, den die Unternehmen im Rahmen ihres Kapitaldienstes zahlen mußten. Auch die Zinserträge waren rückläufig (- 3,7 %). Werden Zinsaufwendungen und -erträge gegeneinander aufgerechnet, so hat sich die Nettozinsbelastung um 14,1 % auf 176 Mill. DM vermindert. Der Anteil der Nettozinsbelastung am Rohertrag der Unternehmen hat sich damit auf 8,9 % verringert.

Ebenfalls gesunken ist die Steuerbelastung für die Unternehmen. Sie mußten 1983 insgesamt 160 Mill. DM abführen, 4 % weniger als im Vorjahr. Auf die verbesserten Erträge hat also die Steuerlast nicht durch einen Anstieg reagiert, wie dies normalerweise zu erwarten gewesen wäre. Neben den hohen Verlustvorträgen aus dem Vorjahr haben dazu vermutlich auch die gesetzlichen Entlastungsmaßnahmen bei der Gewerbesteuer beigetragen.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

Einbürgerungen

Am 1. Januar 1981 wurde die Staatsangehörigkeitsstatistik in eine Einbürgerungsstatistik umgewandelt. In ihrem Rahmen werden neben der Art der Einbürgerung (Anspruchs- oder Ermessenseinbürgerung) erwerbs- und bildungsstatistische Merkmale erfaßt, um für Belange des Staatsangehörigkeitsrechts, der Ein-

bürgerungspolitik und der Verwaltung bessere Datengrundlagen zu erhalten.

Gegenwärtig erfolgen Einbürgerungen überwiegend nach den Bestimmungen der §§ 8 und 9 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG) vom 22. Juli 1913 (RGBl. S. 583) in der Fassung der Veröffentlichung im BGBl. III 1959, Folge 6 S. 64, zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 1979 (BGBl. I S. 1061), und nach § 6 des Gesetzes zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit (StaRegG) vom 22. Februar 1955 (BGBl. I S. 65, zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 1979, BGBl. I S. 1061).

Mehr Anspruchs- als Ermessenseinbürgerungen

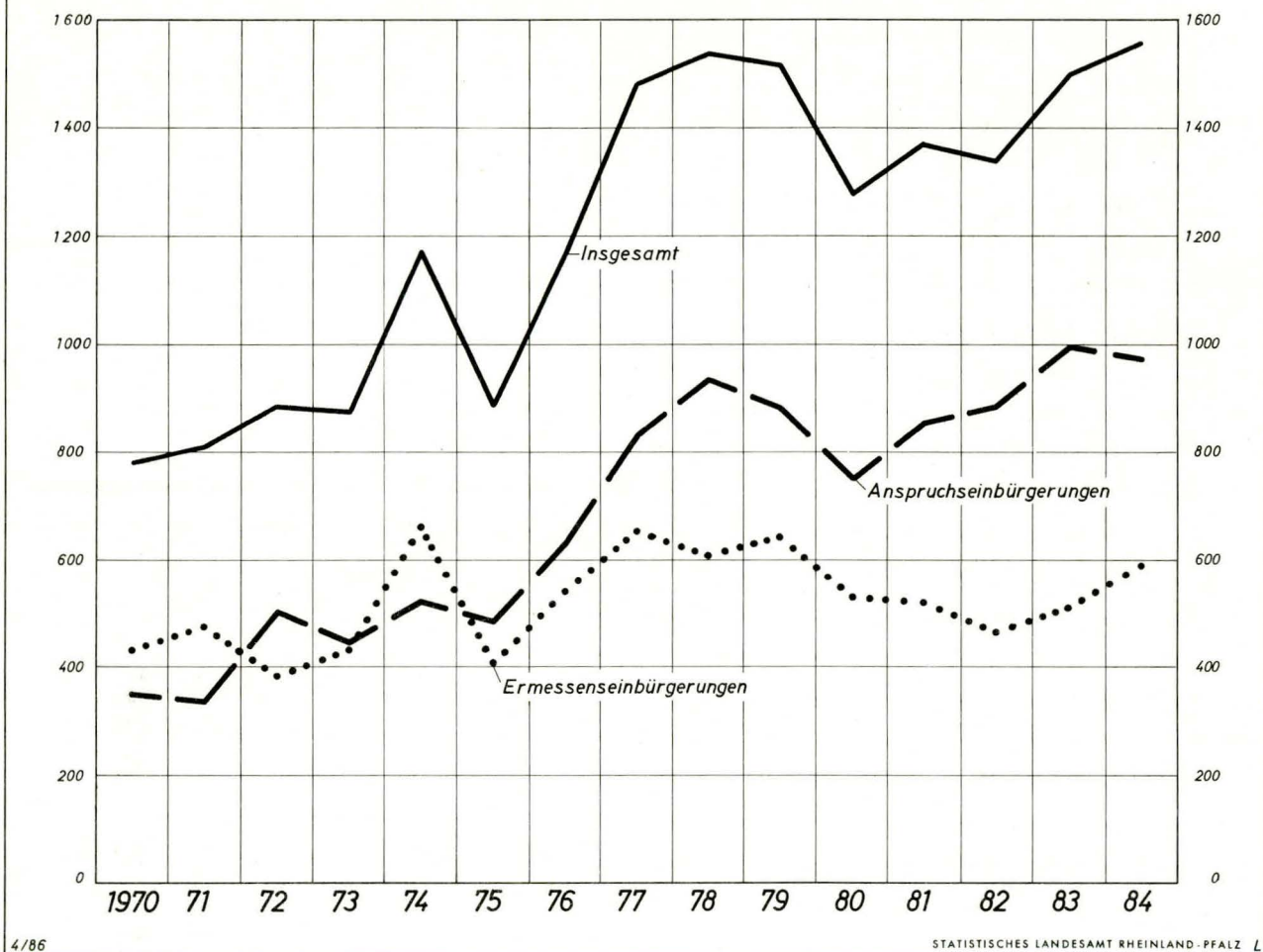
Bei den Einbürgerungen ist zwischen Anspruchseinbürgerungen und Ermessenseinbürgerungen zu unterscheiden.

Nach § 6 StaRegG hat derjenige, der aufgrund des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes Deutscher ist, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, auf seinen Antrag einen Anspruch auf Einbürgerung, es sei denn, daß Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß er die innere oder äußere Sicherheit der Bundesrepublik oder eines deutschen Landes gefährdet. Dies sind vor allem volksdeutsche Aussiedler und ihre Familienangehörigen, die als Flüchtlinge oder Vertriebene im Gebiet des Deutschen Reichs nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden haben. Daneben handelt es sich um wiedergutmachungsberechtigte frühere deutsche Staatsangehörige und ihre Abkömmlinge, die zwischen 1933 und 1945 ausgebürgert wurden oder ihre Staatsangehörigkeit im Zusammenhang mit Verfolgungsmaßnahmen verloren haben. Weiterhin gibt es noch zahlenmäßig unbedeutende Gruppen von Personen, die aus anderen Gründen einen Anspruch auf Einbürgerung haben (z. B. Personen, die aus rassistischen

Einbürgerungen 1950 - 1984

Jahr	Insgesamt	darunter Anspruchseinbürgerungen	
		Anzahl	%
1950	9	5	55,6
1951	94	24	25,5
1952	320	141	44,1
1953	373	155	41,6
1954	361	64	17,7
1955	647	279	43,1
1956	1054	620	58,8
1957	1391	1047	75,3
1958	1220	756	62,0
1959	1441	1073	74,5
1960	1124	803	71,4
1961	978	738	75,5
1962	1023	714	69,8
1963	975	649	66,6
1964	886	617	69,6
1965	1026	627	61,1
1966	1137	661	58,1
1967	1175	624	53,1
1968	1122	538	48,0
1969	721	334	46,3
1970	776	346	44,6
1971	805	334	41,5
1972	880	500	56,8
1973	873	443	50,7
1974	1179	518	43,9
1975	884	480	54,3
1976	1167	631	54,1
1977	1475	826	56,0
1978	1532	928	60,6
1979	1513	876	57,9
1980	1276	751	58,9
1981	1364	852	62,5
1982	1335	879	65,8
1983	1491	988	66,3
1984	1551	967	62,3

Einbürgerungen 1970 - 1984



Gründen von den Sammeleinbürgerungen in den Jahren 1938 bis 1945 ausgeschlossen waren).

Ausländer und Staatenlose bzw. ausländische Ehegatten von Deutschen, die keinen Anspruch auf Einbürgerung haben, können bei Vorliegen der sonstigen Einbürgerungsvoraussetzungen im Ermessenswege eingebürgert werden. Voraussetzung dafür ist bei Ausländern neben der Geschäftsfähigkeit, der Unbescholtenheit und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in der Regel ein rechtmäßiger Inlandsaufenthalt von mindestens zehn Jahren und der Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit (§ 8 RuStAG). Bei ausländischen Ehegatten Deutscher können für eine Ermessenseinbürgerung schon ein Inlandsaufenthalt von fünf Jahren und eine zweijährige Ehedauer ausreichend sein (§ 9 RuStAG).

Von 1950 bis 1984 über 35 000 Personen eingebürgert

Nachdem in den ersten Nachkriegsjahren kaum Einbürgerungen vorgenommen wurden, haben von 1950 bis einschließlich 1984 in Rheinland-Pfalz insgesamt 35 178 Personen die deutsche Staatsangehörigkeit

erhalten. Davon hatten 20 788 Personen (59 %) einen Anspruch auf Einbürgerung; 14 390 Personen (41 %) sind nach Ermessen eingebürgert worden.

In den Jahren 1983 und 1984 haben 3 042 Personen die deutsche Staatsangehörigkeit erworben. Das sind 343 mehr als in den Jahren 1981 und 1982 (2 699). Dieser Anstieg beruht gleichermaßen auf einer Zunahme sowohl der Zahl der Anspruchseinbürgerungen (+ 12,9 %) als auch der Zahl der Ermessenseinbürgerungen (+ 12,3 %).

Einbürgerungen nach Personengruppen und Art der Einbürgerung 1981 - 1984

Jahr	Insgesamt	davon Anspruchs- einbürgerungen	darunter Männer	
			Insgesamt	davon Anspruchs- einbürgerungen
	Anzahl		Anzahl	
1981	1 364	852	676	424
1982	1 335	879	671	422
1983	1 491	988	714	468
1984	1 551	967	765	476

Einbürgerungen 1983 und 1984 nach ausgewählten früheren Staatsangehörigkeiten

Land der früheren Staatsangehörigkeit	Jahr	Insgesamt	Darunter Anspruchs- einbürgerungen
		Anzahl	
Europäische Staaten	1983	1 321	969
	1984	1 358	939
Frankreich	1983	25	–
	1984	32	–
Griechenland	1983	9	–
	1984	12	–
Italien	1983	66	3
	1984	68	2
Jugoslawien	1983	132	36
	1984	149	36
Polen	1983	157	130
	1984	179	161
Rumänien	1983	555	549
	1984	572	554
Sowjetunion	1983	206	206
	1984	153	153
Spanien	1983	14	–
	1984	19	–
Tschechoslowakei	1983	36	20
	1984	39	14
Türkei	1983	19	–
	1984	35	1
Ungarn	1983	20	12
	1984	43	17
Außereuropäische Staaten	1983	143	13
	1984	147	17
Afrika	1983	21	2
	1984	14	2
Amerika	1983	43	5
	1984	26	10
Asien	1983	78	5
	1984	107	5
Philippinen	1983	16	1
	1984	25	–
Staatenlos, ungeklärt und ohne Angabe	1983	27	6
	1984	46	11
Insgesamt	1983	1 491	988
	1984	1 551	967

Die langfristige Entwicklung der Einbürgerungen ist sehr unterschiedlich verlaufen. Die meisten Anspruchseinbürgerungen wurden Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre registriert. So waren beispielsweise 1957 und 1961 drei Viertel aller Einbürgerungen Anspruchseinbürgerungen.

1984 lag der Anteil der Ermessenseinbürgerungen mit 37,7 % etwas unter dem langjährigen Durchschnitt. Herausragend ist das Jahr 1954, in dem über 80 % aller Eingebürgerten im Ermessensweg eingebürgert wurden. Auch in den Jahren 1968 bis 1971 und 1974 betrug der Anteil der Ermessenseinbürgerungen mehr als 50 %.

56 % der Anspruchseingebürgerten waren Rumänen

Hinsichtlich der Gliederung nach der früheren Staatsangehörigkeit bestehen charakteristische Unter-

schiede zwischen den Personen, die 1983 und 1984 aufgrund eines Rechtsanspruchs, und solchen, die durch Ermessensentscheidung eingebürgert wurden.

Über 95 % der Anspruchseinbürgerungen betrafen Aussiedler aus osteuropäischen Ländern. Von den 1955 Anspruchseinbürgerungen in den Jahren 1983 und 1984 besaßen 1 103 Personen oder 56 % vor ihrer Einbürgerung die rumänische Staatsangehörigkeit. 18 % der Eingebürgerten stammten aus der Sowjetunion, 15 % aus Polen, 4 % aus Jugoslawien und jeweils knapp 2 % aus der Tschechoslowakei und Ungarn.

Von den 1 087 aufgrund einer Ermessensentscheidung eingebürgerten Personen im Berichtszeitraum besaßen 445 oder 41 % die Staatsangehörigkeit eines der früheren Anwerbeländer Jugoslawien, Italien, Spanien, Griechenland und Türkei.

Es stammten 19 % aus Jugoslawien, 12 % aus Italien, 3 % aus Spanien, 2 % aus Griechenland und 5 % aus der Türkei. Obwohl türkische Staatsangehörige 1984 mit 31 % die größte Ausländergruppe darstellten, waren sie an den Ermessenseinbürgerungen der Jahre 1983 und 1984 nur mit 5 % beteiligt. Auffallend ist, daß 1983 und 1984 mehr Philippinen (4 %) eingebürgert wurden als Griechen oder Spanier.

Es stammten 97,6 % der Anspruchseingebürgerten aus einem europäischen Land und 1,5 % aus einem außereuropäischen Land. Die entsprechenden Durchschnittswerte der letzten zehn Jahre betragen dagegen 95,6 % und 3,6 %.

Frauen- und Männeranteil fast gleich

1983 und 1984 sind 1 563 Frauen (51,4 %) und 1 479 Männer (48,6 %) eingebürgert worden. In den meisten Fällen wurde die deutsche Staatsangehörigkeit im Wege der Anspruchseinbürgerung sowohl bei den Frauen mit 64,7 % als auch bei den Männern mit 63,8 % erworben.

Mehr Hochschulabsolventen aus nicht-europäischen Staaten

Bei den Ermessenseinbürgerungen wird auch die Zahl der Personen ermittelt, die einen Hochschulabschluß besitzen. In Rheinland-Pfalz waren es in den beiden Jahren 1983 und 1984 rund 160 oder 15 % aller Ermessenseingebürgerten. Auffallend ist dabei, daß aus außereuropäischen Staaten zwar nur 24 % aller Eingebürgerten, aber 40 % aller Hochschulabsolventen kamen. Der Anteil der Akademiker beträgt bei den Einbürgerungen aus europäischen Staaten 11 % und aus den nichteuropäischen Staaten 25 %. Am höchsten ist der Prozentsatz der Hochschulabsolventen mit über 27 % bei den aus Asien stammenden Personen. Dieser hohe Anteil ist zum einen darauf zurückzuführen, daß viele Asiaten in der Bundesrepublik Deutschland studiert haben und nach Abschluß des Studiums für immer hier bleiben wollten. Zum anderen verließen gerade Aka-

demiker häufiger aus politischen Gründen ihre Heimat.

Anteil der Erwerbstätigen weit über 50 %

Von den Ermessenseingebürgerten waren 1983 und 1984 insgesamt 55 % erwerbstätig, jedoch nur 6 % dieser Erwerbstätigen arbeiteten als Selbständige.

Unterdurchschnittliche Erwerbstätigenquoten gab es bei den Eingebürgerten aus europäischen Staaten (54 %). Demgegenüber lag die Erwerbstätigenquote bei den Eingebürgerten aus Asien bei 58 % und aus Afrika bei 61 %.

75 % der Ermessenseinbürgerungen erst nach mehr als zehnjähriger Aufenthaltsdauer der Antragsteller

Von den 1983 und 1984 durch Ermessensentscheidung eingebürgerten 1087 Personen sind drei Viertel (817) seit mindestens elf Jahren im Bundesgebiet ansässig. Weitere 20 % haben die deutsche Staatsangehörigkeit nach einer Aufenthaltsdauer von sechs bis unter elf Jahren erworben. Nur etwa 4 % wurden nach einer Aufenthaltsdauer von weniger als sechs Jahren eingebürgert, wobei dies überwiegend Kinder und Jugendliche waren.

Gisela Diesler

Außenhandel mit dem Irak und dem Iran 1970 bis 1985

Die islamische Revolution im Iran und der Golfkrieg beeinträchtigen die wirtschaftliche Entwicklung

In den 60er Jahren hatten sowohl der Irak als auch der Iran auf der Basis langfristiger staatlicher Entwicklungspläne ein stetiges Wirtschaftswachstum erzielt. Entscheidend begünstigt durch die erste drastische Preiserhöhung für das Erdöl im Herbst 1973 setzte sich der Aufwärtstrend in den folgenden Jahren verstärkt fort. Infolge der deutlichen Steigerung der Fördermengen und der Ausfuhren des erheblich verteuerten Rohöls verfügten beide der OPEC angehörenden Staaten vor allem nach der Mitte der 70er Jahre über sehr hohe Deviseneinnahmen, die in besonderem Maße technologischen Entwicklungsprojekten zugute kamen.

Schwerwiegende politische Ereignisse, die sich zum Ende der 70er Jahre und zum Anfang der 80er Jahre ankündigten, führten in beiden Ländern zu einer nachhaltigen Beeinträchtigung der Wirtschaftsentwicklung. Nach dem im Jahre 1978 im Iran eingeleiteten revolutionären Sturz der konstitutionellen Monarchie wurde dort

zum 1. April 1979 eine Islamische Republik errichtet. Während sich vor allem im letzten Jahrzehnt des Schah-Regimes die staatliche Wirtschaftsförderung in erster Linie auf den forcierten Ausbau der Petrochemie und der Investitionsgüterindustrien erstreckt hatte, verlegte der Iran den Schwerpunkt der Maßnahmen auf die Stärkung der Landwirtschaft, um dadurch eine möglichst weitgehende Selbstversorgung mit Agrarprodukten zu erreichen.

Der politische Umsturz hatte auch die Abwanderung von mindestens 500 000 Iranern mit meist hoher beruflicher Qualifikation ins Ausland bewirkt. Zudem waren zahlreiche im Iran tätige ausländische Spezialisten des Landes verwiesen worden.

Der seit der zweiten Septemberhälfte 1980 andauernde Krieg zwischen dem Irak und dem Iran beeinträchtigte die wirtschaftliche Entwicklung beider Staaten stark. Bei einer ausgeprägten Inflation wurden deutliche Minderungen der realen Bruttowertschöpfung des Irans insbesondere in den Jahren 1978 (-14%)

Ausfuhr ausgewählter Waren in den Irak und den Iran 1984

Warengruppe	Rheinland-Pfalz						Bundesgebiet ¹⁾					
	zusammen		Irak		Iran		zusammen		Irak		Iran	
	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
Gewerbliche Wirtschaft	1 004 850	99,3	186 422	96,2	818 428	100,0	8 557 722	95,4	2 322 588	94,8	6 235 134	95,6
Fertigwaren	990 117	97,8	182 819	94,4	807 298	98,6	8 201 337	91,4	2 247 450	91,8	5 953 887	91,3
Vorserzeugnisse	175 739	17,4	43 422	22,4	132 317	16,2	1 403 513	15,6	297 791	12,2	1 105 722	16,9
Kunststoffe	48 198	4,8	25 670	13,3	22 528	2,8	273 973	3,1	101 193	4,1	172 780	2,6
Chemische Vorserzeugnisse	75 385	7,4	13 620	7,0	61 765	7,5	302 991	3,4	67 518	2,8	235 473	3,6
Blech aus Eisen	43 118	4,3	165	0,1	42 952	5,2	275 592	3,1	9 974	0,4	265 618	4,1
Enderzeugnisse	814 380	80,5	139 398	72,0	674 982	82,5	6 797 824	75,8	1 949 659	79,6	4 848 165	74,3
Maschinen	92 864	9,2	31 226	16,1	61 638	7,5	2 074 837	23,1	752 470	30,7	1 322 367	20,3
Chemische Erzeugnisse	49 178	4,9	17 338	8,9	31 840	3,9	407 228	4,5	130 277	5,3	276 951	4,2
Kraftfahrzeuge	614 376	60,7	58 223	30,1	556 153	68,0	1 753 972	19,5	271 295	11,1	1 482 677	22,7
Insgesamt	1 012 208	100,0	193 735	100,0	818 473	100,0	8 973 427	100,0	2 449 320	100,0	6 524 107	100,0

1) Nur bei den Gesamtwerten sind Rückwaren und Ersatzlieferungen berücksichtigt.

Rheinland-pfälzischer Außenhandel mit dem Irak und dem Iran 1970–1985

Jahr	Ausfuhr				Einfuhr			
	Irak		Iran		Irak		Iran	
	insgesamt	Ver- änderung ¹⁾	insgesamt	Ver- änderung ¹⁾	insgesamt	Ver- änderung ¹⁾	insgesamt	Ver- änderung ¹⁾
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
1970	2	.	122	9,8	3	.	4	.
1971	9	350,0	98	- 19,9	2	- 33,3	20	400,0
1972	8	- 11,1	109	11,1	1	- 50,0	14	- 30,0
1973	12	50,0	181	66,5	0	.	8	- 42,9
1974	154	1 183,3	302	66,9	17	.	6	- 25,0
1975	853	453,9	659	118,0	3	- 82,4	8	33,3
1976	279	- 67,3	604	- 8,3	24	700,0	40	400,0
1977	137	- 50,9	483	- 20,0	13	- 45,8	38	- 5,0
1978	135	- 1,5	402	- 16,8	14	7,7	82	115,8
1979	279	106,7	138	- 65,7	30	114,3	82	.
1980	984	252,7	197	42,4	0	.	114	39,0
1981	1 727	75,5	406	106,1	0	.	4	- 96,5
1982	1 095	- 36,6	566	39,4	17	.	2	- 50,0
1983	203	- 81,5	1 243	119,6	31	82,4	18	.
1984	194	- 4,4	818	- 34,2	18	- 41,9	8	- 55,6
Jan. – Sept. 1985	150	11,1	470	- 27,0	54	200,0	3	- 57,1

1) Zum Vorjahr bzw. vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

sowie 1979 (-6,5%) und 1980 (-15%) ermittelt. Das Wirtschaftswachstum in den Jahren 1970 bis 1981 verzeichnete jahresdurchschnittliche Zunahmen von rund 2,5%. Im Irak war das Sozialprodukt zwischen 1970 und 1978 im Jahresmittel preisbereinigt noch jeweils um etwa 10% gewachsen.

Im Jahre 1982 zählte der Iran über 40 Mill. Einwohner. Bei einer Gesamtfläche von mehr als 1,6 Mill. km² ergibt sich eine Bevölkerungsdichte von 24,4 Einwohnern je Quadratkilometer. Von rund 10 Mill. Erwerbstätigen im Jahre 1980 entfielen 38% auf die Land- bzw. Forstwirtschaft und 30% auf das produzierende Gewerbe.

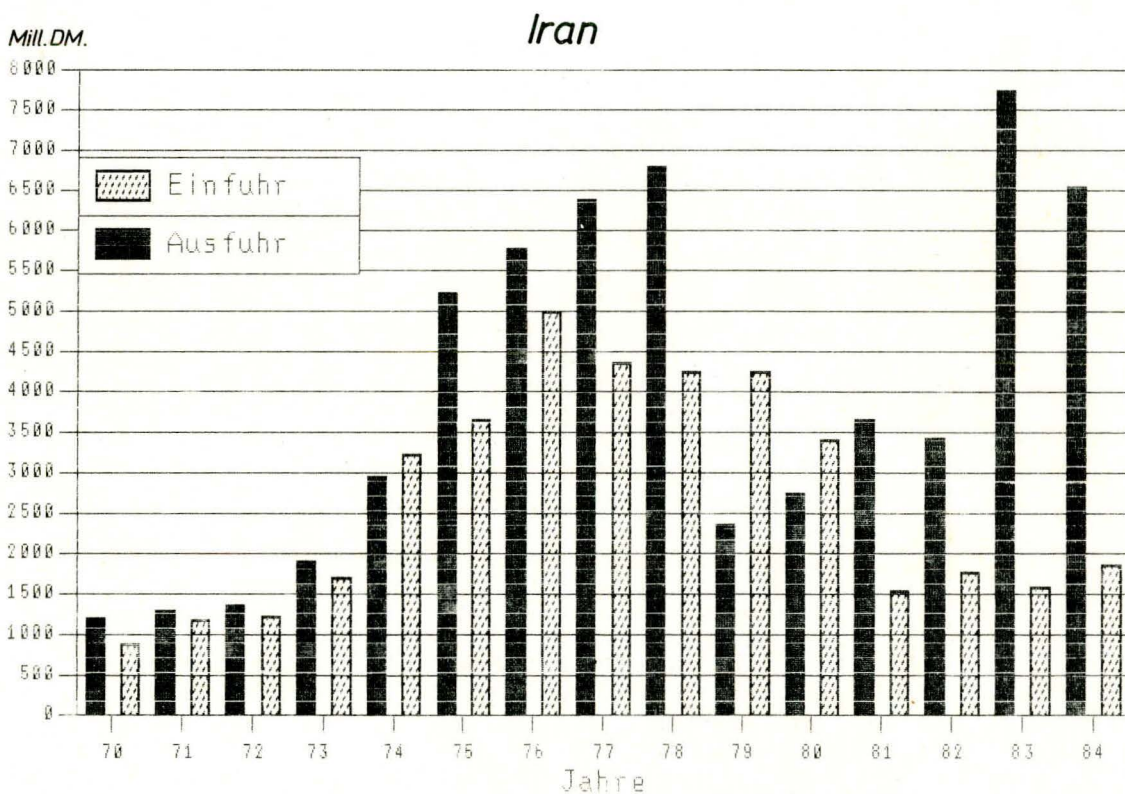
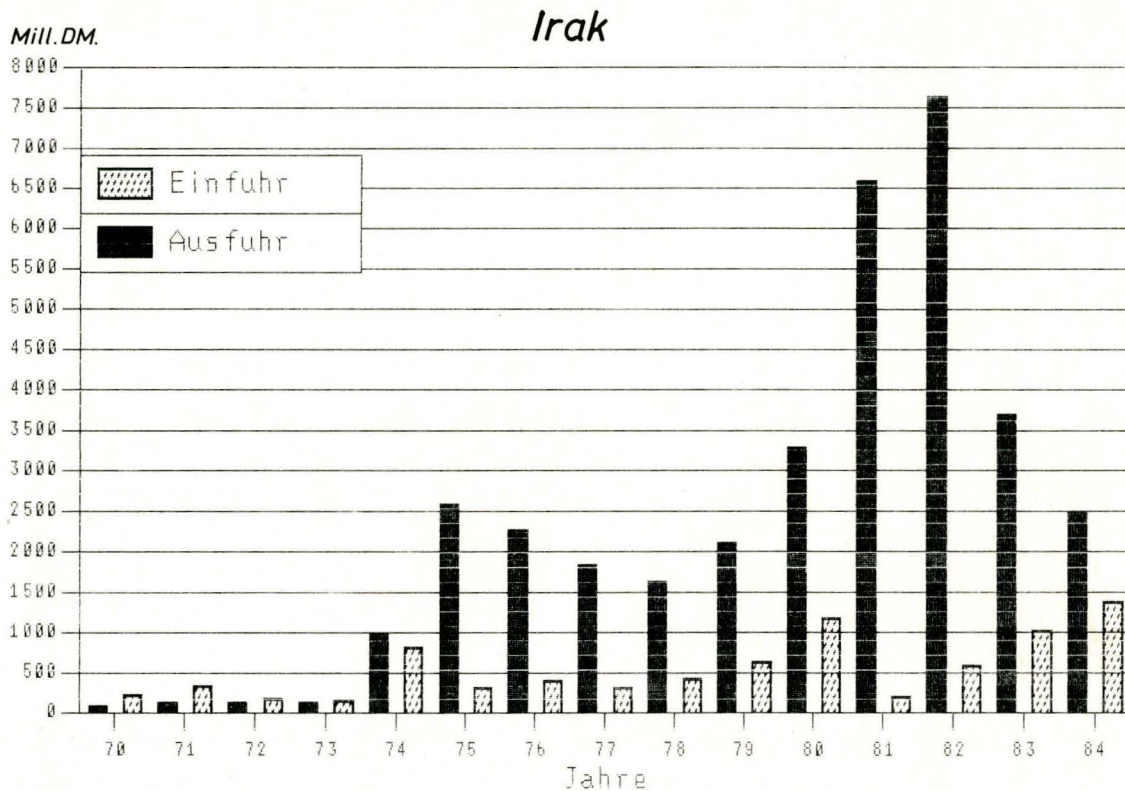
Der Irak hatte im Jahre 1982 rund 14 Mill. Einwohner. Gegenüber Mitte der 60er Jahre wuchs die Bevölkerung um fast 75% (Iran + 60%)., Bezogen auf eine Gesamtfläche von 435 000 km² errechnet sich für das Jahr 1982 eine Bevölkerungsdichte von etwa 32 Personen je Quadratkilometer. Im Jahre 1977 war im Irak mehr als die Hälfte von insgesamt rund 3,1 Mill. Erwerbstätigen im Agrarbereich (33%) und im produzierenden Gewerbe (21%) beschäftigt gewesen. Hieraus resultiert ein im Vergleich zum Iran relativ hoher Anteil des Dienstleistungssektors von mehr als 45%. Dabei ist zu berücksichtigen, daß im Irak, der im Jahre 1958 Republik geworden ist, seit den 60er Jahren nahezu die gesamte Industrie verstaatlicht wurde. Wichtigste Zweige des produzierenden Gewerbes sind dort die Textil-, Leder-, Papier- und Metallverarbeitung. Die bedeutendsten Industriestandorte des Landes konzentrieren sich auf die Hauptstadt Bagdad und deren Einzugsbereich.

Im Jahre 1984 waren 3,6% der Exporte für den Irak und den Iran bestimmt

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft führte im Jahre 1984 für 194 Mill. DM Waren in den Irak aus. Lieferungen im Wert von 818 Mill. DM erhielt der Iran. Die Einfuhren aus diesen Staaten waren mit 18 bzw. 8 Mill. DM wesentlich geringer. Im Jahre 1984 gelangten 3,6% der aus Rheinland-Pfalz ins Ausland gelieferten Güter in den Irak und den Iran, aber nur rund 0,1% aller Importe kamen von dort. Im Vergleich zu 1974 stiegen die Ausfuhren in den Irak um 26%, die in den Iran um 171%. Bei den Einfuhren errechnen sich Zunahmen um 5,9 bzw. 33%.

Im Jahre 1984 exportierte die Bundesrepublik Waren im Wert von rund 2,5 Mrd. DM in den Irak und von 6,5 Mrd. DM in den Iran. Importiert wurden Produkte für 1,4 bzw. 1,8 Mrd. DM. Mithin nahmen der Irak und der Iran zusammen 1,8% aller aus dem Bundesgebiet ausgeführten Güter auf. Rund 0,7% der Einfuhren wurden aus diesen Staaten bezogen. Im Jahre 1984 war der Wert der Lieferungen der Bundesrepublik in den Irak um 158% höher als zehn Jahre zuvor. Die für den Iran bestimmten Exporte stiegen um 122%. Bei den Importen schlugen Veränderungen von +74 bzw. -42% zu Buche. Im Vergleich zu 1970 expandierte der Warenaustausch zwischen der Bundesrepublik und dem Irak wesentlich stärker als der mit dem Iran. Die gleiche Differenzierung zeichnet sich bei den rheinland-pfälzischen Handelsbeziehungen ab.

Außenhandel der Bundesrepublik mit dem Irak und dem Iran 1970-1984



Außenhandel der Bundesrepublik mit dem Irak und dem Iran 1970–1985

Jahr	Ausfuhr				Einfuhr			
	Irak		Iran		Irak		Iran	
	insgesamt	Ver- änderung ¹⁾	insgesamt	Ver- änderung ¹⁾	insgesamt	Ver- änderung ¹⁾	insgesamt	Ver- änderung ¹⁾
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
1970	70	.	1 177	7,6	214	41,7	871	21,3
1971	103	47,1	1 279	8,7	323	50,9	1 150	32,0
1972	104	1,0	1 329	3,9	146	- 54,8	1 194	3,8
1973	113	8,7	1 886	41,9	145	- 0,7	1 686	41,2
1974	950	740,7	2 933	55,5	788	443,4	3 198	89,7
1975	2 565	170,0	5 192	77,0	295	- 62,6	3 635	13,7
1976	2 257	- 12,0	5 758	10,9	389	31,9	4 983	37,1
1977	1 811	- 19,8	6 351	10,3	295	- 24,2	4 335	- 13,0
1978	1 606	- 11,3	6 767	6,6	412	39,7	4 215	- 2,8
1979	2 085	29,8	2 349	- 65,3	604	46,6	4 225	0,2
1980	3 276	57,1	2 734	16,4	1 157	91,6	3 382	- 20,0
1981	6 568	100,5	3 640	33,1	177	- 84,7	1 527	- 54,8
1982	7 610	15,9	3 403	- 6,5	562	217,5	1 739	13,9
1983	3 684	- 51,6	7 720	126,9	1 002	78,3	1 571	- 9,7
1984	2 449	- 33,5	6 524	- 15,5	1 368	36,5	1 849	17,7
Jan. – Sept. 1985	1 785	2,5	3 768	- 23,2	330	- 65,1	1 322	9,0

1) Zum Vorjahr bzw. vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Während die Gesamtdaten des Außenhandels von Rheinland-Pfalz und dem Bund auf längere Sicht eine im wesentlichen kontinuierliche Aufwärtsentwicklung widerspiegeln, läßt die Darstellung der Handelsbeziehungen mit dem Irak und dem Iran in den Jahren um 1980 deutliche Einbrüche erkennen. Diese Verläufe sind maßgeblich auf die politischen Verhältnisse zurückzuführen. In den Jahren 1981 und 1982 lagen die rheinland-pfälzischen und die deutschen Exporte in beide Staaten wieder merklich über dem Niveau der vorhergehenden Jahre. Bei den Lieferungen in den Iran setzte sich auch im Jahre 1983 die Steigerung weiter fort, wogegen die Ausfuhren in den Irak stark rückläufig waren. Die Einfuhren des Landes und des Bundes aus dem Iran haben sich in den Jahren 1976 bis 1979 jeweils auf ein Vielfaches der seit 1981 ermittelten Ergebnisse belaufen. Bei den rheinland-pfälzischen Importen aus dem Irak wurde im Jahre 1983 mit 31 Mill. DM, bei den Importen der Bundesrepublik im Jahre 1984 mit knapp 1,4 Mrd. der bisherige Höchstwert erzielt.

Im Jahre 1979 hatte die rheinland-pfälzische Wirtschaft für 138 Mill. DM Waren in den Iran ausgeführt, um

66% weniger als 1978. Während sich in den Jahren 1980 bis 1983 jeweils deutliche Steigerungen ergaben, wobei im Jahre 1983 der bisherige Höchstwert von mehr als 1,2 Mrd. DM zu Buche schlug, fielen im Jahre 1984 die Lieferungen um 34% auf 818 Mill. zurück.

Die rheinland-pfälzischen Exporte in den Iran beliefen sich im Jahre 1984 auf nahezu das Sechsfache des Wertes von 1979. Die Ausfuhren der Bundesrepublik stiegen in diesen fünf Jahren auf das 2,8fache. Im Jahre 1979 war Rheinland-Pfalz mit 5,9% im Jahre 1984 mit 12,5% an den deutschen Lieferungen in den Iran beteiligt.

Die Ausfuhren der Bundesrepublik in den Iran lagen im Jahre 1984 um rund 250% über den Einfuhren. Die rheinland-pfälzischen Lieferungen machten mehr als das Hundertfache der Bezüge aus. Beim deutschen Warenaustausch mit dem Irak wurde im Jahre 1984 ein Ausfuhrüberschuß in der Größenordnung von 80% ermittelt. Die Exporte der Wirtschaft unseres Landes stellten sich auf nahezu das Elfache der Importe. Im

Einfuhr ausgewählter Waren aus dem Irak und dem Iran 1984

Warengruppen	Rheinland-Pfalz						Bundesgebiet 1)					
	zusammen		Irak		Iran		zusammen		Irak		Iran	
	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
Gewerbliche Wirtschaft	25 779	100,0	17 987	100,0	7 792	100,0	3 071 768	95,5	1 300 229	95,1	1 771 539	95,8
Rohstoffe	17 669	68,5	17 669	98,2	-	-	2 711 686	84,3	1 253 104	91,6	1 458 582	78,9
Erdöl, roh	17 669	68,5	17 669	98,2	-	-	2 696 784	83,8	1 253 099	91,6	1 443 685	78,1
Halbwaren	5 625	21,8	-	-	5 625	72,2	27 838	0,9	22 105	1,6	5 733	0,3
Kraftstoffe, Schmieröle, Erdgas	5 625	21,8	-	-	5 625	72,2	23 496	0,7	17 871	1,3	5 625	0,3
Fertigwaren	2 486	9,6	318	1,8	2 168	27,8	332 244	10,3	25 020	1,8	307 224	16,6
Vorzeugnisse	1 652	6,4	11	0,1	1 641	21,1	271 311	8,4	15	0,0	271 296	14,7
Gewebe, Gewirke u. dgl.	1 641	6,4	-	-	1 641	21,1	270 910	8,4	3	0,0	270 907	14,7
Enderzeugnisse	834	3,2	307	1,7	527	6,8	63 933	2,0	25 005	1,8	35 928	1,9
Insgesamt	25 781	100,0	17 987	100,0	7 794	100,0	3 216 285	100,0	1 367 575	100,0	1 848 710	100,0

1) Nur bei den Gesamtwerten sind Rückwaren und Ersatzlieferungen berücksichtigt.

Rheinland-pfälzische Einfuhr von Rohöl 1974, 1979 und 1984

Lieferstaat	1974			1979			1984		
	Menge	Wert		Menge	Wert		Menge	Wert	
		insgesamt	Anteil		insgesamt	Anteil		insgesamt	Anteil
	t	Mill. DM	%	t	Mill. DM	%	t	Mill. DM	%
Algerien	1 364 757	365	26,9	965 749	293	13,1	253 493	176	8,5
Libyen	623 513	161	11,9	797 719	242	10,8	45 890	28	1,3
Nigeria	791 344	195	14,4	2 320 064	670	29,9	2 232 022	1 438	69,3
Gabun	544 287	112	8,3	730 382	183	8,2	—	—	—
Irak	82 034	17	1,3	115 825	30	1,3	27 625	18	0,9
Iran	—	—	—	304 904	72	3,2	—	—	—
Saudi -Arabien	1 536 796	328	24,2	1 109 275	263	11,7	365 137	202	9,7
Kuwait	—	—	—	30 469	6	0,3	—	—	—
Vereinigte Arabische Emirate	512 930	123	9,1	937 395	287	12,8	307 020	194	9,3
OPEC -Staaten *	5 455 661	1 301	95,9	7 311 782	2 046	91,3	3 231 187	2 056	99,0
Gesamte Rohöleinfuhr	5 716 801	1 356	100,0	8 031 849	2 240	100,0	3 264 418	2 076	100,0

* Keine Einfuhr aus Venezuela, Ecuador, Katar und Indonesien.

Jahre 1984 stammten 7,9% der aus dem Bundesgebiet in den Irak ausgeführten Güter aus rheinland-pfälzischen Produktionsstätten, im Jahre 1979 waren es noch rund 13% gewesen.

Wichtigste Ausfuhren sind Investitionsgüter und chemische Erzeugnisse

Rund drei Fünftel der im Jahre 1984 aus Rheinland-Pfalz in den Irak gelieferten Güter waren Kraftfahrzeuge (30%), Maschinen (16%) und Kunststoffe (13%). Es folgen chemische Endprodukte (8,9%), Eisenwaren (8%) und chemische Vorerzeugnisse (7%). Unter den chemischen Endprodukten überwogen pharmazeutische Präparate.

Bei den für den Irak bestimmten Exporten der Bundesrepublik führten Maschinen (31%), gefolgt von elektrotechnischen Erzeugnissen (13%), Kraftfahrzeugen (11%), Eisenwaren (5,9%), chemischen Endprodukten (5,3%) und Kunststoffen (4,1%). Während im Jahre 1984 rheinland-pfälzische Lieferungen durchschnittlich zu 7,9% an den deutschen Exporten in den Irak beteiligt waren, kamen die Ausfuhren von Kunststoffen zu 25%, die von Kraftfahrzeugen zu 21% und die von chemischen Vorprodukten zu 20% aus hiesiger Fertigung (Chemische Enderzeugnisse 13%). Bei den aus der Bundesrepublik gelieferten Maschinen und Elektroartikeln beliefen sich die Beiträge unseres Landes auf 4,2 bzw. 0,9%.

Im Jahre 1984 bestanden mehr als zwei Drittel der rheinland-pfälzischen Ausfuhren für den Iran aus Kraftfahrzeugen. Nächste wichtige Lieferungen waren chemische Vorerzeugnisse, Maschinen (je 7,5%), Eisenblech (5,2%) und chemische Endprodukte (3,9%). Unter den Exporten der Bundesrepublik führten ebenfalls Kraftfahrzeuge (23%), wobei sich die Beteiligung des Irans am Gesellschaftskapital der Daimler-Benz AG entsprechend nachhaltig auswirken dürfte. Es folgen Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse mit Anteilen von 20 bzw. 13%.

Von den im Jahre 1984 aus der Bundesrepublik in den Iran gelieferten Kraftfahrzeugen stammten 38% aus

rheinland-pfälzischen Produktionsstätten. An den Ausfuhren von chemischen Vorerzeugnissen war die Industrie unseres Landes zu 26% beteiligt (Maschinen 4,7%). Dabei entfielen im Jahre 1984 fast 13% aller deutschen Exporte für den Iran auf Lieferanten aus Rheinland-Pfalz. Von den Gesamtexporten der Bundesrepublik betrafen 5,7% Landeslieferungen.

Im Jahre 1984 bestritten rheinland-pfälzische Hersteller 6% aller deutschen Kraftfahrzeugausfuhren. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß in Rheinland-Pfalz – neben hier ansässigen wichtigen Zuliefererbetrieben für die Produktion von PKW in anderen Bundesländern – fast ausschließlich Nutzfahrzeuge bzw. LKW gefertigt werden. Vom Umsatz des Straßenfahrzeugbaues einschließlich des Schiffs- und Luftfahrzeugbaues betrafen im Jahre 1984 in unserem Land 42%, im Bundesgebiet 49% Lieferungen ins Ausland. Für das verarbeitende Gewerbe insgesamt errechnen sich Exportquoten von 36 bzw 29%. In Rheinland-Pfalz hatten im Jahre 1983 die Betriebe der Automobilindustrie annähernd 12 800 DM je tätiger Person investiert, für die gesamte Industrie war ein Durchschnittssatz von 8 600 DM ermittelt worden. Der Straßenfahrzeugbau zählt zu den bedeutendsten Wachstumsbranchen. Hier entstanden allein zwischen August 1984 und August 1985 in Rheinland-Pfalz rund 1250 und im Bundesgebiet mehr als 26 000 zusätzliche Arbeitsplätze.

Bei der chemischen Industrie des Landes nahm zwischen August 1984 und August 1985 die Zahl der Beschäftigten um fast 1350 zu, bundesweit waren es 7330 tätige Personen mehr. Dabei erhöhte sich bei der rheinland-pfälzischen Chemie von 1979 auf 1984 die je Beschäftigten errechnete Produktivität um 22%, während auf Bundesebene eine Steigerung von 10% festgestellt wurde. Im Jahre 1984 erreichte die chemische Industrie des Landes eine Exportquote von 52%, die der Bundesrepublik eine von 42%.

Auch im Maschinenbau wurden in diesem Jahreszeitraum auf Landesebene rund 1000, im Bundesgebiet 34800 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Der Umsatz des rheinland-pfälzischen Maschinenbaues einschließlich Datenverarbeitung resultierte im Jahre

Rohöleinfuhren der Bundesrepublik 1970–1984

Jahr	Insgesamt	Davon			Insgesamt	Davon			Preis je Tonne Importöl
		OPEC-Länder		Übrige Länder		OPEC-Länder		Übrige Länder	
	1 000 t	%	1 000 t		Mill. DM	%	Mill. DM		DM
1970	98 786,4	93 240,5	94,4	5 545,9	5 938,4	5 635,2	94,9	303,3	60
1973	110 493,1	106 476,4	96,4	4 016,7	9 082,7	8 793,8	96,8	288,9	82
1974	102 542,7	97 269,9	94,9	5 272,8	22 955,5	21 779,9	94,9	1 175,6	224
1975	88 413,9	82 669,5	93,5	5 744,4	19 718,2	18 524,9	93,9	1 193,3	223
1976	97 669,2	90 525,0	92,7	7 144,2	23 824,9	22 215,0	93,2	1 610,0	244
1977	96 289,7	85 871,5	89,2	10 418,2	23 537,0	21 107,9	89,7	2 429,1	244
1978	94 375,0	79 367,0	84,1	15 008,0	19 970,2	16 899,1	84,6	3 071,1	212
1979	107 355,0	86 584,4	80,7	20 770,6	29 895,1	23 906,1	80,0	5 989,0	278
1980	96 875,8	74 245,9	76,6	22 629,9	44 167,6	33 470,8	75,8	10 696,8	456
1981	79 246,9	54 778,4	69,1	24 468,4	49 107,0	33 641,3	68,5	15 465,6	620
1982	72 541,8	46 877,1	64,6	25 664,6	44 712,1	29 218,6	65,3	15 493,5	616
1983	65 212,7	39 857,1	61,1	25 355,6	37 771,3	23 158,6	61,3	14 612,7	579
1984	66 933,6	37 184,9	55,6	29 748,8	41 663,0	23 164,6	55,6	18 498,4	622

Quelle: Wirtschaft und Statistik 8/1985, Seite 311*.

1984 zu 53% aus Exporten (Bundesgebiet 47%). Im Jahre 1983 waren in diesem Bereich 6924 DM je Beschäftigten investiert worden (Bundesgebiet 5707 DM). Zwischen August 1984 und August 1985 stieg die Zahl aller im verarbeitenden Gewerbe tätigen Personen in Rheinland-Pfalz um 1%, in der Bundesrepublik um 1,7%.

Bei den Einfuhren dominieren Rohöl und Erdölprodukte

Die von Rheinland-Pfalz im Jahre 1984 aus dem Irak bezogenen Importe bestanden zu 98% aus Rohöl. Von den Einfuhren aus dem Iran waren 72% Kraftstoffe und Schmieröle, 21% textile Gewebe und Gewirke bzw. Orientteppiche sowie 7% gewerbliche Endprodukte. Die Bezüge der Bundesrepublik aus dem Irak bestanden zu 92% aus rohem Erdöl. Bei den deutschen Importen aus dem Iran überwog ebenfalls Rohöl (78%), gefolgt von textilen Geweben bzw. Gewirken (15%).

Im Jahre 1984 waren jeweils rund 10% der Gesamteinfuhren des Landes und des Bundes Rohölbezüge. Rheinland-Pfalz importierte für fast 2,1 Mrd. DM, die Bundesrepublik für 41,7 Mrd. DM. Von den rheinland-pfälzischen Bezügen stammten 99% aus den der Organisation Erdöl exportierender Staaten (OPEC) angehörenden 13 Erdölförderländern, zu denen auch der Irak und der Iran zählen. Nahezu 70% aller Rohölimporte unseres Landes vom Jahre 1984 kamen aus Nigeria. Es folgen Lieferungen aus Saudi-Arabien (9,7%), den Vereinigten Arabischen Emiraten (9,3%) und aus Algerien (8,5%). Auf den Irak entfiel lediglich ein Kontingent von 0,9%. Fünf Jahre zuvor waren der Irak und der Iran mit 1,3 bzw. 3,2% an den rheinland-pfälzischen Importen von rohem Erdöl beteiligt gewesen.

Die Rohöleinfuhren der Bundesrepublik sind seit Mitte der 70er Jahre durch eine stetige Verringerung der

Anteile der OPEC-Lieferungen gekennzeichnet. Im Jahre 1974 waren von Gesamtbezügen für nahezu 23 Mrd. DM fast 95% aus den OPEC-Staaten. Während sich diese Quote im Jahre 1979 noch auf 80% belaufen hatte, wurden im Jahre 1984 nurmehr knapp 56% ermittelt. Im ersten Vierteljahr 1985 machten die Lieferungen aus den OPEC-Staaten rund die Hälfte der deutschen Erdölimporte aus.

Vom Herbst 1973 bis zum Beginn der 80er Jahre sind die Einfuhrpreise für Rohöl außerordentlich stark gestiegen. Der im Jahre 1981 von der Bundesrepublik je Tonne Importöl zu entrichtende Preis von 620 DM belief sich auf das 7,6fache vom Jahre 1973. Als Folge des wesentlich sparsameren und rationelleren Öleinsatzes in den wichtigsten Industriestaaten blieb zwischen 1981 und 1984, in DM-Mark bewertet, das Preisniveau für Rohöleinfuhren weitgehend unverändert. Den Importen aus den OPEC-Staaten, die im Jahre 1973 noch zwei Drittel des Ölbedarfs der westlichen Staaten gedeckt hatten, kam im Jahre 1984 nur noch ein Anteil von 42% zu.

Differenzierte Entwicklung der Handelsbeziehungen 1985

Von Januar bis September 1985 führte Rheinland-Pfalz Güter im Wert von 150 Mill. DM in den Irak und von 470 Mill. DM in den Iran aus. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum errechnen sich Veränderungen von + 11 bzw. – 27%. Eingeführt wurden Waren für 54 Mill. DM aus dem Irak und für 3 Mill. DM aus dem Iran (+ 200 bzw. – 57%). Der Güteraustausch der Bundesrepublik mit dem Irak und dem Iran zeigte in den ersten drei Quartalen 1985 ebenfalls eine sehr unterschiedliche Entwicklung.

Diplom-Wirtschaftsingenieur Helmut Peifer

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 634	3 627	3 623	3 623	3 622	3 619
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 943	1 918	2 009	1 588	1 396	3 181 ^p	2 128 ^p	1 632 ^p	1 185 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,4	6,3	6,7	5,2	4,7	10,3 ^p	7,2 ^p	5,3 ^p	3,9 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 952	2 959	3 071	3 016	2 818	3 008 ^p	3 042 ^p	3 040 ^p	2 623 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,7	9,8	10,3	9,8	9,5	9,8 ^p	10,2 ^p	9,9 ^p	8,5 ^p
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 705	3 574	3 322	3 761	3 605	3 251 ^p	3 310 ^p	3 406 ^p	3 551 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,2	11,8	11,2	12,2	12,1	10,6 ^p	11,1 ^p	11,1 ^p	11,6 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	33	31	22	43	39	27 ^p	19 ^p
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	10,9	10,3	7,3	13,9	13,5	8,8 ^p	6,4 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (—)	Anzahl	– 753	– 616	– 251	– 745	– 787	– 243 ^p	– 268 ^p	– 366 ^p	– 928 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	– 2,5	– 2,0	– 0,8	– 2,4	– 2,6	– 0,8 ^p	– 0,9 ^p	– 1,2 ^p	– 3,0 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 066	6 424	6 961	8 027	5 758	7 805
* Fortgezogene	Anzahl	6 565	6 601	8 555	7 429	6 551	7 626
* Wanderungssaldo	Anzahl	502	– 176	– 1 594	598	– 793	179
* Innerhalb des Landes										
Umgezogene 5)	Anzahl	11 553	10 192	10 092	11 346	10 731	12 609
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	122 256	120 162	111 168	111 265	116 571	115 736	112 509	112 272	119 491
* Männer	Anzahl	69 433	67 230	58 294	58 650	62 818	59 944	57 419	57 354	63 379
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	8 739	9 121	7 266	.	.	.	7 301	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	46 273	44 691	38 789	.	.	.	38 107	.	.
Arbeitslosenquote	%	8,5	8,3	7,7	7,7	8,1	8,1	7,8	7,8	8,3
Offene Stellen	Anzahl	4 123	4 172	4 174	3 938	3 693	5 206	5 323	4 958	5 030
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	.	.	193	.	.	.	375	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	.	.	1 538	.	.	.	1 840	.	.
Kurzarbeiter	Anzahl	29 026	17 571	12 191	15 801	14 969	5 026	8 715	8 679	10 020
Männer	Anzahl	22 820	13 717	8 090	11 023	11 351	3 499	5 911	5 759	7 041
Landwirtschaft										
Schlachtmengen 6)										
t	t	14 275	14 366	13 510	16 218	15 509	13 877	14 287	15 716	15 472
* Rinder	t	4 840	4 999	5 076	5 929	5 585	4 582	4 609	5 844	5 286
* Kälber	t	24	33	34	36	39	27	25	28	24
* Schweine	t	9 302	9 210	8 264	10 106	9 750	9 165	9 553	9 715	10 010
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	82	80	73	72	69	84	76	76	69
* an Molkereien und Händler geliefert	%	95,4	95,0	94,8	94,6	92,8	94,6	93,9	93,7	93,4
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe 7)										
Betriebe	Anzahl	2 732	2 684	2 676	2 674	2 670	2 645	2 645	2 644	2 635
* Beschäftigte	1 000	362	361	365	364	364	368	369	368	368
* Arbeiter 8)	1 000	251	250	253	252	252	255	256	255	254
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	35 740	35 470	35 385	38 945	37 190	35 308	36 316	39 273	36 631
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 147	1 182	1 108	1 165	1 425	1 203	1 176	1 233	1 476
* Löhne	Mill. DM	675	693	645	711	827	723	691	754	860
* Gehälter	Mill. DM	472	489	463	454	598	480	485	479	616
* Stromverbrauch	Mill. kWh	958	991	983	1 119	1 007	1 026	1 038	1 076	1 031
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 388	6 658	6 692	7 366	7 090	6 629	6 920	7 527	6 943
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 185	2 366	2 325	2 675	2 491	2 315	2 509	2 629	2 409

1) Nach dem Ereignisort. — 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. — 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. — 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. — 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. — 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — 8) Einschl. gewerblich Auszubildender.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	97	98	103	100	108	92	102	105	109 ^P
ohne Bauhauptgewerbe	1980 = 100	98	99	103	100	109	92	103	106	112 ^P
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	97	98	103	99	108	91	103	105	110
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	96	101	103	100	104	97	105	108	104
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	81	84	100	92	90	90	102	100	90
Chemische Industrie	1980 = 100	102	111	109	111	115	104	112	117	112
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	103	96	106	96	112	85	107	106	118
Maschinenbau; Büro-maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1980 = 100	99	94	103	92	108	82	109	111	120
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1980 = 100	109	95	114	105	117	83	99	102	113
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	92	93	99	95	102	87	98	96	105
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	96	95	109	96	86	95	108	93	90
* Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	1980 = 100	97	99	103	107	123	93	99	110	123
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	89	91	105	98	100	89	96	94	88
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	200	239	202	315	282	156	152	247	...
Strombezug ¹⁾	Mill. kWh	2 285	2 366	2 230	2 409	2 579	2 153	2 061	2 507	...
Stromlieferungen ¹⁾	Mill. kWh	766	758	778	881	992	553	669	793	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 720	1 763	1 654	1 843	1 870	1 757	1 544	1 961	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	315	338	260	311	404	256	268	367	466
Handwerk ²⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	101	100	100	.	.	.	97	.	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	V _D 1976 = 100	136	139	139	.	.	.	143	.	.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	68 631	67 995	69 768	68 917	67 905	65 133	65 125	64 440	63 542
Facharbeiter	Anzahl	35 621	34 902	35 934	35 460	34 416	33 404	33 308	32 913	32 656
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 621	15 815	16 288	15 970	16 026	15 705	15 716	15 542	14 976
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	8 084	7 980	8 762	9 535	8 454	8 472	8 688	9 021	6 990
Privater Bau	1000	5 209	5 184	5 576	5 925	5 266	4 987	5 271	5 399	4 187
* Wohnungsbau	1000	3 360	3 295	3 525	3 834	3 373	3 075	3 186	3 293	2 532
Landwirtschaftlicher Bau	1000	54	59	84	77	65	70	68	50	31
* Gewerblicher und industrieller Bau	1000	1 795	1 830	1 967	2 014	1 828	1 842	2 017	2 056	1 624
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1000	2 875	2 796	3 186	3 610	3 188	3 485	3 417	3 622	2 803
Hochbau	1000	660	636	644	834	746	810	818	824	643
Tiefbau	1000	2 216	2 160	2 542	2 776	2 442	2 675	2 599	2 798	2 160
Straßenbau	1000	1 203	1 172	1 436	1 557	1 311	1 498	1 409	1 556	1 218
Löhne und Gehälter	Mill. DM	185	185	192	200	244	190	187	194	213
* Löhne	Mill. DM	156	156	163	173	206	161	158	166	177
* Gehälter	Mill. DM	29	29	29	27	38	29	29	28	36
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	529	547	636	669	706	577	645	674	616

1) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 015	819	742	697	685	772	719	734	505
* mit 1 Wohnung	Anzahl	637	530	462	421	450	540	493	506	328
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	280	211	204	205	175	177	178	177	125
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	99	78	76	71	60	55	48	51	52
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 144	885	807	760	674	789	744	722	552
* Wohnfläche	1 000 qm	189	148	134	128	112	127	118	122	93
Wohnräume	Anzahl	8 950	7 017	6 298	6 028	5 398	5 975	5 721	5 758	4 440
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	356	278	251	243	216	257	243	229	175
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	2	2	2	3	4	2	3	3
Unternehmen	Anzahl	116	122	128	124	139	122	85	136	79
Private Haushalte	Anzahl	896	695	612	571	543	646	632	595	423
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	196	162	162	169	157	172	167	164	144
* Umbauter Raum	1 000 cbm	693	568	551	783	508	491	807	422	558
* Nutzfläche	1 000 qm	119	97	92	122	89	87	124	75	96
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	135	110	86	106	112	117	121	82	108
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	28	28	28	29	27	22	31	33	22
Unternehmen	Anzahl	165	131	133	135	127	144	132	122	117
Private Haushalte	Anzahl	3	3	1	5	3	6	4	9	5
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 254	1 740	1 493	1 532	1 305	1 401	1 317	1 397	1 105
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 133	2 338	2 278	2 683	2 503	2 227	2 500	2 758	2 434
* EG-Länder	Mill. DM	959	1 094	1 074	1 260	1 197	994	1 234	1 314	1 182
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	160	194	205	241	194	190	203	195	180
Dänemark	Mill. DM	35	40	36	44	47	49	44	50	48
Frankreich	Mill. DM	278	297	291	320	323	231	307	331	320
Griechenland	Mill. DM	19	23	20	23	21	19	21	22	19
Großbritannien	Mill. DM	164	195	187	244	222	202	241	273	235
Irland	Mill. DM	7	7	7	7	9	7	7	8	8
Italien	Mill. DM	153	179	184	211	196	116	230	245	217
Niederlande	Mill. DM	142	159	146	170	185	180	181	189	154
Spanien	Mill. DM	36	40	32	43	47	31	45	58	46
Portugal	Mill. DM	12	10	9	11	12	8	9	14	14
USA und Kanada	Mill. DM	140	172	176	187	192	187	183	212	161
Japan	Mill. DM	38	48	51	54	53	63	51	57	40
Entwicklungsländer	Mill. DM	472	435	417	467	399	351	391	426	369
Staatshandelsländer	Mill. DM	102	108	97	130	127	116	114	121	133
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 515	1 607	1 558	1 604	1 624	1 558	1 550	1 752	1 568
EG-Länder	Mill. DM	759	817	823	857	851	818	811	912	823
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	205	203	185	190	197	165	182	189	161
Dänemark	Mill. DM	15	18	24	23	23	17	18	19	18
Frankreich	Mill. DM	183	191	169	197	210	161	170	223	182
Griechenland	Mill. DM	6	10	7	6	17	4	8	6	6
Großbritannien	Mill. DM	48	59	63	63	72	57	71	65	57
Irland	Mill. DM	3	3	2	2	2	4	6	3	4
Italien	Mill. DM	136	140	155	187	145	108	118	178	174
Niederlande	Mill. DM	161	193	217	190	185	302	237	229	221
Spanien	Mill. DM	27	32	27	33	39	29	29	40	40
Portugal	Mill. DM	4	5	3	7	6	8	4	7	6
USA und Kanada	Mill. DM	111	114	75	93	130	77	72	101	77
Japan	Mill. DM	27	57	44	88	84	47	40	58	58
Entwicklungsländer	Mill. DM	345	324	351	249	241	382	349	349	280
Staatshandelsländer	Mill. DM	61	52	55	55	56	28	51	74	38

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	94	95	96	96	96	95	95	95	95
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	105	106	104	114	112	108	102	117	119
Großhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	95	94	96	96	99	97	98	98	98
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	106	113	119	137	129	120	127	141	123
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1980 = 100	97	97	107	104	98	107	107	105	100
Teilbeschäftigte	1980 = 100	99	106	120	117	109	116	117	114	110
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	105	104	128	124	100	121	132	128	102
Beherbergungsgewerbe	1980 = 100	113	115	160	157	111	141	173	170	116
Gaststättengewerbe	1980 = 100	96	97	109	104	93	108	106	102	91
Fremdenverkehr										
in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	429	438	693	649	301	622	710	701	...
* Ausländer	1 000	77	105	165	116	46	218	180	133	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 502	1 532	2 359	2 077	922	2 364	2 379	2 233	...
* Ausländer	1 000	237	316	486	341	124	710	524	390	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 475	1 495	1 115	1 632	1 546	1 636	1 052	1 362	1 233
* Güterversand	1 000 t	1 183	1 139	1 483	1 282	1 067	1 043	1 503	880	811
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 017	13 281	12 401	13 327	10 532	10 867	11 550	14 310	11 116
Krafträder	Anzahl	1 339	1 026	511	459	277	678	333	239	105
* Personen- und Kombinations-										
kraftwagen	Anzahl	11 726	11 441	11 139	11 990	9 594	9 510	10 523	13 281	10 431
* Lastkraftwagen	Anzahl	538	506	481	509	424	452	444	476	401
Zugmaschinen	Anzahl	315	230	188	309	189	160	187	248	129
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	Anzahl	9 323	9 808	10 499	11 075	10 254	9 958	10 147	10 753	11 747
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 892	1 813	1 987	1 860	1 608	2 055	2 052	1 849	1 502
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 431	7 995	8 512	9 215	8 646	7 903	8 095	8 904	10 245
Verunglückte Personen	Anzahl	2 576	2 456	2 647	2 493	2 170	2 714	2 723	2 455	2 036
* Getötete	Anzahl	61	53	47	69	61	47	48	47	42
Pkw-Insassen	Anzahl	32	24	27	32	19	23	26	26	26
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	12	11	10	12	8	15	12	8	4
Radfahrer	Anzahl	3	3	1	7	4	3	1	1	-
Fußgänger	Anzahl	11	12	9	14	26	5	8	10	10
Schwerverletzte	Anzahl	801	738	766	728	604	798	793	712	614
Pkw-Insassen	Anzahl	410	362	361	327	341	333	316	713	387
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	208	201	201	210	119	284	263	194	75
Radfahrer	Anzahl	44	40	66	50	34	89	79	60	27
Fußgänger	Anzahl	96	93	114	110	96	71	94	101	111
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	74	67	58	59	91	78	67	76	67
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	45 106	143 676	19 077	16 819	54 362	23 404	29 675	71 306	29 988
* Vergleichsverfahren	Anzahl	1	-	-	2	-	-	-	1	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	1 022	906	778	911	865	824	875	886	852
* Wechselsumme	1 000 DM	8 041	9 319	5 728	8 853	7 682	9 578	8 039	9 649	6 380

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	72 923	76 876	75 729	75 677	76 025	78 242	78 759	79 051 ^P	79 353
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	71 328	75 111	74 018	73 951	74 268	76 398	76 865	77 218 ^P	77 501
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	15 322	16 246	16 335	15 963	16 002	15 576	15 687	15 527 ^P	15 511
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	14 209	15 357	15 255	14 917	15 091	15 049	15 129	14 975 ^P	14 967
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 113	889	1 080	1 046	911	527	557	552	544
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	9 676	9 309	9 347	9 324	9 240	8 850	8 848	8 897 ^P	8 838
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	7 712	7 591	7 727	7 669	7 600	7 264	7 290	7 297 ^P	7 264
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 964	1 718	1 620	1 655	1 640	1 586	1 558	1 600	1 574
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	46 331	49 556	48 335	48 664	49 026	51 972	52 331	52 794 ^P	53 151
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	36 993	40 005	38 890	39 219	39 443	41 721	41 985	42 310 ^P	42 625
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	9 338	9 551	9 445	9 445	9 583	10 251	10 345	10 484	10 527
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	59 426	63 350	60 019	60 360	62 167	64 053	64 130	64 468 ^P	65 920
* Sichteinlagen	Mill. DM	8 744	9 110	8 306	8 099	9 305	8 397	8 633	8 585 ^P	9 841
* Termingelder	Mill. DM	20 136	22 330	21 683	22 092	22 473	23 705	23 474	23 765 ^P	23 825
* Spareinlagen	Mill. DM	30 546	31 910	30 031	30 170	30 389	31 951	32 023	32 118	32 255
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 702	1 636	1 217	1 493	1 423	1 405	1 311	1 683	1 390
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 569	1 526	1 174	1 354	1 204	1 343	1 240	1 590	1 252
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	1 210 642	1 269 938	1 512 714	836 343	1 318 128	1 327 741	1 625 426	890 560	1 474 716
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	822 046	869 232	1 173 013	453 930	881 467	907 385	1 244 125	512 227	1 013 903
* Lohnsteuer	1 000 DM	581 559	614 530	464 217	495 339	817 288	882 158	508 649	518 946	891 273
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	1 000 DM	108 984	114 308	—	—	346 975	347 721	—	—	381 420
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	102 263	99 625	381 809	— 29 151	— 13 130	— 38 864	384 421	— 21 509	— 38 864
* Kapitalertragsteuer	1 000 DM	14 531	20 737	7 960	5 242	9 818	18 229	9 726	8 065	13 312
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	123 694	134 341	319 027	— 17 500	67 491	45 862	341 329	6 725	148 182
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	1 000 DM	27 817	22 578	—	—	85 003	55 055	—	—	108 408
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	388 596	400 706	339 701	382 413	436 661	420 356	381 301	378 333	460 813
* Umsatzsteuer	1 000 DM	245 161	238 076	201 967	207 418	271 936	248 563	213 878	220 514	291 384
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	143 435	162 630	137 734	174 995	164 725	171 793	167 423	157 819	169 429
* Bundessteuern	1 000 DM	163 985	149 793	115 631	132 059	124 165	118 936	108 189	125 467	121 617
* Zölle	1 000 DM	10 187	11 822	10 562	12 942	12 694	9 643	11 022	11 071	11 587
* Verbrauchsteuern (ohne Bier- steuer)	1 000 DM	150 748	134 430	102 326	115 781	107 993	106 495	94 184	101 924	106 322
* Landessteuern	1 000 DM	75 660	73 523	57 643	68 641	99 504	93 040	59 924	63 978	91 187
* Vermögensteuer	1 000 DM	18 706	14 337	1 133	6 252	40 802	38 606	2 744	1 436	39 929
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	36 183	38 025	35 448	40 380	30 936	34 525	34 225	38 366	29 095
* Biersteuer	1 000 DM	6 154	6 043	7 632	5 510	6 456	7 193	7 081	6 161	6 378

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute, ohne Landeszentralbank, Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. — 2) Einschl. Zinsgutschriften.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
* Gemeindesteuern 1)	1 000 DM	437 379	515 529	511 920	.	.	.	551 669	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 046	8 212	9 626	.	.	.	8 930	.	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	81 892	85 346	102 160	.	.	.	108 793	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	299 509	376 176	357 811	.	.	.	389 151	.	.
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	35 823	33 871	32 173	.	.	.	34 454	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	791 067	802 134	861 197	600 623	791 565	782 725	913 029	620 255	867 253
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	359 736	381 054	523 055	192 001	380 423	387 658	555 083	218 805	443 021
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	258 426	262 471	222 511	250 488	286 021	275 339	249 757	247 816	301 838
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	615 866	649 308	738 649	441 618	695 535	677 913	801 021	469 073	766 095
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	357 758	378 715	519 885	190 167	377 555	380 598	551 696	215 800	441 922
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	173 528	188 254	161 121	156 735	217 520	203 483	189 401	161 128	232 209
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1)	1 000 DM	693 761	780 404	770 153	.	.	.	831 478	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 2)	1 000 DM	248 246	319 713	303 748	.	.	.	331 262	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	307 645	321 309	312 295	.	.	.	337 698	.	.
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1980 = 100	115,6	118,4	118,3	119,0	119,2	120,7	120,9	121,1	121,3
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	114,3	116,0	115,0	115,0	115,2	116,0	116,2	115,9	116,1
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 3)	1980 = 100	111,2	114,0	.	.	114,2	114,8	.	.	114,9
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	15,10	15,49	.	15,58	.	.	.	16,24	.
* Männliche Arbeiter	DM	15,92	16,32	.	16,38	.	.	.	17,10	.
* Facharbeiter	DM	16,85	17,18	.	17,24	.	.	.	17,97	.
Angelernte Arbeter	DM	15,09	15,49	.	15,55	.	.	.	16,39	.
Hilfsarbeiter	DM	13,20	13,60	.	13,74	.	.	.	14,47	.
* Weibliche Arbeiter	DM	11,17	11,52	.	11,61	.	.	.	12,11	.
* Hilfsarbeiter	DM	10,73	11,06	.	11,11	.	.	.	11,85	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,1	41,0	.	41,0	.	.	.	40,8	.
Männliche Arbeiter	Std.	41,6	41,4	.	41,4	.	.	.	41,2	.
Weibliche Arbeiter	Std.	39,1	39,3	.	39,2	.	.	.	39,2	.
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	3 738	3 881	.	3 933	.	.	.	4 079	.
Kaufmännische Angestellte	DM	3 385	3 504	.	3 543	.	.	.	3 655	.
* männlich	DM	4 046	4 176	.	4 213	.	.	.	4 353	.
* weiblich	DM	2 607	2 710	.	2 748	.	.	.	2 848	.
Technische Angestellte	DM	4 076	4 232	.	4 293	.	.	.	4 457	.
* männlich	DM	4 164	4 319	.	4 384	.	.	.	4 557	.
* weiblich	DM	2 874	3 018	.	3 052	.	.	.	3 162	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 525	2 642	.	2 676	.	.	.	2 747	.
Kaufmännische Angestellte	DM	2 514	2 626	.	2 663	.	.	.	2 737	.
* männlich	DM	3 125	3 208	.	3 243	.	.	.	3 317	.
* weiblich	DM	2 057	2 172	.	2 209	.	.	.	2 275	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 3) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 423	61 175	61 123	61 089	61 077
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	30 830	30 345	43 089	34 010	28 211	35 147 ^p	44 314 ^r	35 466 ^p	30 392 ^p
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	49 515	48 680	51 705	49 949	49 600	53 762 ^p	49 800 ^r	51 220 ^p	51 255 ^p
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	59 861	58 010	54 335	52 909	58 098	58 096 ^p	52 296 ^r	54 246 ^p	56 940 ^p
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (—)	Anzahl	– 10 346	– 9 330	– 2 630	– 2 960	– 8 498	– 4 334 ^p	– 2 496 ^r	– 3 026 ^p	– 5 685
Arbeitslose	1 000	2 258	2 266	2 202	2 143	2 145	2 221	2 217	2 152	2 149
Männer	1 000	1 273	1 277	1 193	1 155	1 155	1 194	1 176	1 133	1 126
Arbeitslosenquote	%	9,1	9,1	8,9	8,6	8,6	9,0	8,9	8,7	8,6
Offene Stellen	1 000	76	88	95	91	85	119	117	117	112
Kurzarbeiter	1 000	675	384	212	262	301	108	74	102	127
Männer	1 000	548	325	183	220	249	81	57	74	93
Produzierendes Gewerbe ⁴⁾										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	95	99	87	103	109	99	89	108	115
ohne Baugewerbe	1980 = 100	96	100	87	103	110	100	90	109	115
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	96	99	87	104	110	100	90	110	116
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	94	98	90	100	103	99	93	103	105
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	99	102	86	109	116	107	90	120	126
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	92	94	79	101	104	87	81	103	106
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980 = 100	99	101	97	101	117	101	97	104	121
Baugewerbe	1980 = 100	89	89	92	105	108	94	84	98	109
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	6 927	6 854	6 883	6 913	6 908	6 961	7 002	7 035	7 029
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	660	653	611	654	737	658	611	675	740
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	109 389	116 538	110 367	121 494	131 900	125 065	111 401	130 668	138 092
Auslandsumsatz	Mill. DM	29 603	33 544	31 063	35 809	39 030	36 636	31 488	38 876	39 842
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	25 939	27 599	23 816	25 580	28 025	24 622	23 788	26 275 ^p	...
Gaserzeugung	Mill. cbm	2 971	2 922	2 438	2 628	2 979	2 464	2 301	2 265	2 956 ^p
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 122	1 106	1 149	1 147	1 125	1 034 ^p	1 044 ^p	1 049 ^p	1 058 ^p
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	123	122	130	135	151	128 ^p	110 ^p	126 ^p	144 ^p
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 866	9 079	9 797	10 053	10 952	9 540 ^p	8 729 ^p	9 193 ^p	10 994 ^p
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	13 657	11 327	11 736	11 014	10 176	11 910	9 984	10 059	9 877
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	11 838	9 892	10 350	9 608	8 885	10 902	9 127	9 162	8 991
Wohnfläche	1 000 qm	2 804	2 230	2 288	2 114	2 027	2 070	1 726	1 794	1 731
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 215	2 509	2 677	2 730	2 521	3 287	2 830	2 867	2 792
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	34 964	28 020	28 336	26 182	25 914	24 866	21 003	21 993	21 162
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980=100	108,4	111,2	102,9	105,9	118,0	114,0	106,8 ^p	106,4 ^p	122,6 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980=100	107,0	108,9	119,3	120,4	117,0	119,7 ^p	121,4 ^p	124,6 ^p	120,5 ^p

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	36 028	40 684	37 952	40 563	47 853	47 896	38 767	43 899	49 256
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	17 312	19 406	16 912	20 469	23 456	21 785	17 222	21 506	23 676
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	2 653	2 838	2 586	3 006	3 394	2 752	2 686	3 120	3 521
Frankreich	Mill. DM	4 630	5 112	3 956	5 756	6 145	5 430	3 679	5 090	5 655
Großbritannien	Mill. DM	2 950	3 382	3 357	3 465	4 312	4 203	3 379	3 888	4 321
Italien	Mill. DM	2 674	3 140	2 312	3 237	3 767	3 859	2 260	3 593	3 921
Niederlande	Mill. DM	3 154	3 510	3 328	3 594	4 192	3 930	3 633	4 042	4 341
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	32 530	36 185	34 164	35 229	39 842	41 136	35 620	36 470	40 590
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	15 958	17 336	15 628	17 024	18 511	19 813	16 590	17 875	20 246
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	2 341	2 403	2 137	2 449	2 607	2 557	2 141	2 557	2 818
Frankreich	Mill. DM	3 714	3 825	2 999	3 762	3 968	4 198	3 670	3 523	4 645
Großbritannien	Mill. DM	2 261	2 774	2 715	2 979	2 839	3 123	2 664	3 075	2 995
Italien	Mill. DM	2 632	2 843	2 575	2 614	3 270	4 041	2 593	2 787	3 541
Niederlande	Mill. DM	4 016	4 419	4 206	4 158	4 506	4 706	4 579	4 708	4 916
Geld und Kredit ¹⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	1 769	1 872	1 810	1 826	1 833	1 910	1 912	1 921	1 932 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 333	1 429	1 372	1 386	1 391	1 450	1 452	1 461	1 469 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	436	453	438	439	442	460	460	460	463 ^p
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 187	1 254	1 184	1 191	1 196	1 261	1 267	1 272	1 276 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	548	569	538	538	540	569	570	573	574 ^p
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	24 650	25 770	20 361	33 599	20 383	23 301	21 815	36 686	21 127
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	15 462	16 218	11 564	24 809	11 067	14 004	12 906	28 045	11 656
Lohnsteuer	Mill. DM	10 741	11 362	11 327	10 855	10 939	13 119	12 211	11 851	11 796
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 356	2 197	- 472	7 839	- 482	- 778	- 569	8 299	- 368
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	8 823	9 207	8 525	8 788	8 557	8 468	8 629	8 639	8 628
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 932	4 625	3 930	4 698	3 867	3 478	3 669	4 366	3 651
Bundessteuern	Mill. DM	4 343	4 505	4 646	4 456	4 480	4 569	4 604	4 562	4 613
Zölle	Mill. DM	395	444	448	427	486	428	429	429	456
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 678	3 778	3 852	3 827	3 770	3 889	3 755	3 905	3 889
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ²⁾	1980 = 100	113,8	116,1	115,4	115,1	115,4	115,1	114,4	114,1	113,5
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ²⁾	1980 = 100	108,2	106,9	106,8	107,5	106,7	103,7	102,7	102,7	101,0 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ²⁾	1980 = 100	115,8	119,2	119,3	119,7	120,3	122,1	121,9	122,1	121,9
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980 = 100	111,4	114,3	115,0	.	.	.	115,4	.	.
Bauleistungen am Bauwerk ³⁾	1980 = 100	111,2	114,0	114,4	.	.	.	114,8	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1980 = 100	99,5	100,8	101,2	.	.	.	103,0	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980 = 100	115,6	118,4	118,2	118,3	119,0	121,1	120,7	120,9	121,1
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	114,3	116,0	115,7	115,0	115,0	117,2	116,0	116,2	115,9
Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	113,0	115,7	115,7	116,2	116,6	118,1	118,3	118,8	119,1
Wohnungsmieten	1980 = 100	115,6	120,0	120,4	120,9	121,5	124,1	124,3	124,5	124,7
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980 = 100	124,5	128,8	127,7	129,0	132,0	131,5	131,8	134,3	133,4
Übriges für die Haushaltsführung	1980 = 100	113,7	115,9	116,1	116,2	116,3	117,8	118,0	118,1	118,2
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1980 = 100	115,6	118,0	118,1	118,3	118,4	119,8	119,8	120,1	120,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1980 = 100	117,1	120,1	119,1	119,4	121,8	124,1	123,2	122,4	123,5
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1980 = 100	111,4	114,2	113,7	113,7	114,3	115,9	115,6	115,7	115,8
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1980 = 100	118,5	120,8	121,4	121,4	121,4	126,3	126,3	126,3	126,4

1) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 2) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 3) Ohne Baunebenleistungen.

Täglich 4200 Kraftfahrzeuge beim Technischen Überwachungsverein

Im ersten Halbjahr 1985 wurden vom Technischen Überwachungsverein (TÜV) und den anderen Stellen der Verkehrsüberwachung in Rheinland-Pfalz 503 677 Kraftfahrzeuge und 29 033 Fahrzeug-Anhänger auf Verkehrssicherheit bzw. vorschriftsmäßigen Zustand überprüft. Das sind 3,2 % weniger bzw. 2,4 % mehr als in den ersten sechs Monaten 1984.

Unter den überprüften Kraftfahrzeugen befanden sich 382 676 Personenkraftwagen, 33 179 Lastkraftwagen, 32 981 Zugmaschinen, 13 111 Krafträder und 3 471 Omnibusse. Drei von vier Fahrzeugen hatten keine Mängel (45 %) oder nur geringe Mängel (33 %). Fast jeder vierte Personenkraftwagen mußte wegen erheblicher Mängel nochmals dem Technischen Überwachungsverein vorgeführt werden. 791 Personenwagen waren verkehrsunsicher und mußten aus dem Verkehr gezogen werden.

Jede vierte Beanstandung betraf Fahrgestell oder Antrieb. Es folgen Mängel an den lichttechnischen Einrichtungen, den Bremsanlagen (je 20 %) und der Ausrüstung (11 %). Weniger häufig wurden das Geräusch- und Abgasverhalten (9,7 %), die Lenkanlagen (7 %) sowie die Bereifung (4,3 %) beanstandet. gz

Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost) erreicht neuen Höchststand

Im Jahre 1984 erreichte der Warenverkehr der rheinland-pfälzischen Wirtschaft mit der DDR und Berlin (Ost) einen neuen Höchststand. Mit einem Handelsvolumen von 327 Mill. DM wurde das Ergebnis vom Vorjahr um 7,7 % übertroffen. Die Lieferungen nahmen um 8,5 %, die Bezüge um 5,1 % zu.

Vier Fünftel der rheinland-pfälzischen Lieferungen für insgesamt 254 Mill. DM waren chemische Produkte (+ 12 %). Auch bei Erzeugnissen der Verbrauchsgüterindustrie, die mit 10 % an den Lieferungen in die DDR und nach Berlin (Ost) beteiligt waren, wurde eine überdurchschnittlich steigende Nachfrage festgestellt (+ 13 %). Der Absatz von Maschinenbauerzeugnissen ging um 23 % auf 7 Mill. DM zurück.

Mehr als die Hälfte der im Jahre 1984 aus der DDR und Berlin (Ost) bezogenen Güter waren chemische Erzeugnisse (20 Mill. DM), Textilien (15 Mill. DM) sowie Leder, Lederwaren und Schuhe (5 Mill. DM). Während sich der Kauf von Chemieprodukten gegenüber 1983 um 55 % erhöhte, nahmen die Bezüge von Lederartikeln um 7,9 % ab. Bei Textilien, elektrotechnischen Erzeugnissen und Bekleidungsartikeln ist seit 1980 eine stetig wachsende rheinland-pfälzische Nachfrage zu verzeichnen. sr

Höhere Umsätze des verarbeitenden Gewerbes

Die rheinland-pfälzischen Betriebe der Industrie und des verarbeitenden Handwerks steigerten ihren Umsatz von Januar bis November 1985 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 3,9 %. Die Umsätze mit dem Ausland nahmen um 7,1 % zu, die im Inlandsgeschäft um 2,1 %. Von den bedeutenden Wirtschaftszweigen des Landes verzeichneten der Maschinenbau einschließlich Datenverarbeitung (+ 8,7 %), der Straßenfahrzeugbau einschließlich Reparaturen (+ 6,3 %) und die Schuhindustrie (+ 5,5 %) deutliche Umsatzzunahmen. hel

Gemeindefinanzen in den ersten drei Quartalen 1985

Die Gesamtausgaben der rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände betrugen in den ersten neun Monaten 1985 insgesamt 5 606 Mill. DM. Sie lagen damit um 4,1 % höher als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Zur Deckung des Finanzbedarfs standen 5 689 Mill. DM (+ 4 %) an Einnahmen zur Verfügung.

Die Personalausgaben erhöhten sich um 3,5 % auf 1 485 Mill. DM. Für den laufenden Sachaufwand wurden 1 227 Mill. DM (+ 7,9 %) und für Zinsen 376 Mill. DM (+ 4,2 %) ausgegeben. Bei den Ausgaben für Sozialleistungen war erneut ein stärkerer Anstieg um 10,7 % auf 638 Mill. DM zu verzeichnen.

Die Sachinvestitionen in Höhe von 1 235 Mill. DM waren um 1 % niedriger. Es wurden für Baumaßnahmen 958 Mill. DM (- 4,2 %) verausgabt, darunter für Schulen 146 Mill. DM (- 5 %), für Straßen 294 Mill. DM (+ 2,8 %) und für Abwasserbeseitigung 97 Mill. DM (- 2,4 %). Der Erwerb von unbeweglichem und beweglichem Vermögen nahm um 11,6 % auf 277 Mill. DM zu. Bei den Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen ist ein Rückgang um 4 % auf 193 Mill. DM zu verzeichnen.

An Steuern (abzüglich 168 Mill. DM Gewerbesteuerumlage und zuzüglich 972 Mill. DM Gemeindeanteil an der Einkommensteuer) flossen 2 377 Mill. DM in die Kassen der Kommunen. Das sind 3,5 % mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Auch bei den Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb in Höhe von 1 151 Mill. DM war ein Anstieg um 7,7 % zu verzeichnen. An allgemeinen Finanzzuweisungen vom Land wurden 876 Mill. DM (+ 0,3 %) vereinnahmt.

Die kommunalen Schulden (ohne Eigenbetriebe und Krankenanstalten) lagen Ende September 1985 bei 7 160 Mill. DM. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres nahm somit die Verschuldung um 1 % zu. kr

Der September war der beste Monat für den Fremdenverkehr

Im September 1985 besuchten 710 000 Gäste die rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetriebe. 2,379 Mill. Übernachtungen wurden registriert. Das sind in diesem Jahr bis jetzt die höchsten Monatszahlen. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat stieg die Zahl der Besucher um 2,5 %, die der Übernachtungen um 0,8 %. Auch im Vergleich zum August 1985 errechnen sich jeweils Zunahmen (+ 14 bzw. + 0,6 %).

Die Ausweitung des Fremdenverkehrs gegenüber September 1984 ist entscheidend auf die überdurchschnittliche Entwicklung bei den Heilbädern zurückzuführen. In diesen insgesamt 20 Gemeinden erhöhte sich die Gästezahl um 6,8 %, die der Übernachtungen um 3,8 %. Mehr Übernachtungen als im Vorjahr registrierten auch die Großstädte (+ 2,6 %), Luftkurorte (+ 0,7 %) und die Fremdenverkehrsorte (+ 0,5 %). sr

Bestand an Motorrädern leicht rückläufig

Am 1. Juli 1985 waren in Rheinland-Pfalz 197 272 motorisierte Zweiräder zum Verkehr zugelassen. Das sind 0,3 % weniger als ein Jahr zuvor. Die Zahl der zulassungsfreien Krafträder, die mehr als zwei Drittel des Gesamtbestandes ausmachen, ging um 2,5 % zurück, die der zulassungspflichtigen nahm um 4,6 % zu.

Unter den zulassungsfreien Krafträdern mit Versicherungskennzeichen sank zwischen Anfang Juli 1984 und 1985 die Zahl der Mofas um 3,2 % auf 72 700. Der Bestand an Mopeds und Mokicks verringerte sich um 4,7 %. Während die Zahl der Klein- und Leichtkrafträder mit amtlichem Kennzeichen in den vorhergehenden Jahren jeweils sehr stark zugenommen hatte, wurde vom Juli 1984 auf Juli 1985 nur noch ein Plus von 1,5 % festgestellt.

Nahezu die Hälfte aller motorisierten Zweiräder war im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz registriert. Ein Anteil von 38 % entfiel auf den Regierungsbezirk Koblenz. Von den Leichtkrafträdern waren über zwei Fünftel im Regierungsbezirk Koblenz zugelassen. gz

Investitionen des verarbeitenden Gewerbes im Jahre 1984 auf Vorjahresniveau

Im Jahre 1984 investierten die 2 600 rheinland-pfälzischen Betriebe des verarbeitenden Gewerbes knapp 3,1 Mrd. DM in betriebliche Anlagegüter. Das sind 1,2 % weniger als 1983, aber 5,8 % mehr als 1982. Wie in den Vorjahren wurde die Entwicklung der Investitionen maßgeblich vom Straßenfahrzeugbau und von der chemischen Industrie bestimmt.

Der Straßenfahrzeugbau investierte im Jahre 1984 rund 308 Mill. DM. Das sind 45 % weniger als im Jahre 1983, in dem allerdings die Investitionssumme um 255 Mill. DM oder 71 % höher lag als im Jahr zuvor. Von der chemischen Industrie wurden 1984 rund eine Mrd. DM investiert. Das sind 232 Mill. DM oder 30 % mehr als im Jahr zuvor. Knapp ein Drittel der Gesamtinvestitionen entfiel auf die chemische Industrie, die mit einem Umsatzanteil von 32 % die bedeutendste rheinland-pfälzische Industriebranche ist. fu

Höhere Steuereinnahmen des Landes und der Gemeinden

In den ersten neun Monaten flossen dem Land nach der Steuerverteilung, das heißt mit den dem Land zustehenden Anteilen an der Lohn-, Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer, 5 917 Mill. DM (+ 5,5 %) und den Gemeinden (Gv.) 2 377 Mill. DM (+ 3,5 %) zu. Die darin enthaltenen reinen Landes- und Gemeindesteuern erbrachten 2 268 Mill. DM (+ 1,9 %).

Das Aufkommen an reinen Landessteuern nahm um 4,7 % auf 696 Mill. DM zu, darunter die Kraftfahrzeugsteuer um 2,9 % auf 370 Mill. DM und die Vermögensteuer um 4,8 % auf 129 Mill. DM.

Die Gemeindesteuern beliefen sich auf insgesamt 1 572 Mill. DM. Das Aufkommen lag damit um 0,7 % über dem des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Bei dem Bruttoaufkommen an Gewerbesteuer war aufgrund des hohen Standes infolge von einmaligen Sonderzahlungen zu Beginn des Vorjahres ein Anstieg um 0,8 % auf 1 123 Mill. DM zu verzeichnen. (Die isolierte Betrachtung des Ergebnisses für das dritte Vierteljahr 1985 weist bei der Gewerbesteuer eine Zuwachsrate von 8,8 % auf). Die Grundsteuern waren mit 301 Mill. DM (- 0,6 %) rückläufig. kr

Heft 12/Dezember 1985

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft am Jahresende 1985

Bauhauptgewerbe 1985

Neubau von Eigentumswohnungen

Fremdenverkehr im Rheintal

Themen der folgenden Hefte

Mögliche Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2050

Alkoholunfälle im Straßenverkehr

Öffentliche Wasserversorgung

Personalfuktuation im öffentlichen Dienst

Auswirkungen des neuen Krankenhausrechts auf das DV-Verfahren KOLK

Nachfrageanstieg setzt sich im Oktober fort

Die Auftragseingänge bei Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz stiegen von September auf Oktober 1985 um 7,8 % an. Die Inlandsbestellungen nahmen um 8,3 %, die Auslandsorder um 7,1 % zu. Eine deutliche Nachfragesteigerung konnte wiederum die chemische Industrie mit einem Plus von 10,3 % verzeichnen.

Gegenüber Oktober 1984 verringerte sich die Order-tätigkeit um 1,9 %, wofür hauptsächlich eine um 5,5 % schwächere Auslandsnachfrage verantwortlich ist.

Von Januar bis Oktober errechnet sich für die Aufträge eine Zunahme von 4,1 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Hier verbesserte sich die Nachfrage aus dem Inland um 2,8 %, aus dem Ausland um 6,2 %. fu

Abnahme der Verkehrstoten trotz starker Zunahme der Pkw-Dichte

Besonders positiv ist die seit Jahren rückläufige Entwicklung der Verkehrsunfälle mit Todesfolge. Im Jahre 1985 waren in Rheinland-Pfalz nach vorläufigen Ergebnissen 510 Verkehrstote im Straßenverkehr zu beklagen. 1960 waren es doppelt so viele und in den Jahren 1970 bis 1972 jeweils sogar über 1 200. Seitdem ist ein nahezu stetiger Rückgang zu verzeichnen. Auch das Jahresergebnis 1985 bedeutet noch eine große Zahl an Einzelschicksalen. Es ist jedoch insgesamt die mit Abstand niedrigste Zahl an Verkehrstoten seit mehr als 30 Jahren.

Bei der Bewertung dieser Entwicklung ist auch zu berücksichtigen, daß sich der Pkw-Bestand seit dem Anfang der 50er Jahre ganz beträchtlich, nämlich um das 50fache erhöht hat. Rheinland-Pfalz hat die größte Kraftfahrzeugdichte im Bundesgebiet mit 540 Kraftfahrzeugen je 1 000 Einwohnern bei einem Bundesdurchschnitt von 500. Die allgemeine Aufklärung über die Erfordernisse der Verkehrssicherheit, die bis in die Schulen und Kindergärten reicht, die Pflicht zur regelmäßigen Vorführung der Pkw beim TÜV, der Zwang zur Benutzung von Sicherheitsgurten hat vielen Menschen das Leben gerettet. Ein großer Teil der Unfallursachen liegt bei den Fahrern selbst begründet, z. B. durch überhöhte Geschwindigkeit (39 %), Nichtbeachten der Vorfahrt (23 %), Fahren unter Alkoholeinfluß (11 %). Witterungseinflüsse und technische Mängel an Fahrzeugen spielen eine untergeordnete Rolle.

Rheinland-Pfalz hat das dichteste Straßennetz. Es besteht allerdings auch ein hoher Zustrom ausländischer Besucher und Touristen sowie Durchreisender auf unseren Autostraßen, die zu erhöhten Belastungen und Verkehrsproblemen vor allem in der Ferienzeit beitragen. ws

Weniger Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen

Von Januar bis Oktober 1985 wurden in Rheinland-Pfalz 135 686 fabrikneue Kraftfahrzeuge zum Verkehr zugelassen. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum nahm die Zahl der Neuzulassungen um 4 664 oder 3,3 % ab. Ausschlaggebend hierfür war die rückläufige Entwicklung bei Krafträdern (– 32 %) und Personenkraftwagen (– 1,6 %).

In der am stärksten besetzten Personenkraftwagen-Klasse von 1 500 bis 2 000 cm³ Hubraum lag die Zahl der Neuzulassungen um 0,3 % unter dem Stand des Vorjahres. Bei den Autos von 1 000 bis 1 500 cm³ waren es 8,3 % weniger. Dagegen kamen 6,8 % mehr fabrikneue Kleinwagen bis 1 000 cm³ Hubraum und 5,7 % mehr Wagen mit über 2 000 cm³ in den Verkehr.

Im Vergleich zu den ersten zehn Monaten 1985 ist die Zahl der neu zugelassenen Busse um 6,8 % und die der Lastkraftwagen um 7 % zurückgegangen. gz

Niedrigste Zahl an Verkehrstoten seit mehr als 30 Jahren

Im November 1985 ereigneten sich auf den rheinland-pfälzischen Straßen 1 493 Verkehrsunfälle mit Personenschaden. Das sind 7,2 % weniger als im November 1984. Bei diesen Unfällen wurden 42 Personen getötet, 613 schwer und 1 347 leicht verletzt. Die Zahl der Verkehrstoten, die gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat (61) um ein Drittel zurückging, ist die bisher niedrigste im Monat November.

Von Januar bis November 1985 kam es auf den Straßen des Landes zu 18 150 Personenschadensunfällen, bei denen 465 Verkehrsteilnehmer getötet wurden. Von insgesamt 23 824 Verletzten bedurften 7 282 einer stationären Behandlung.

Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum nahm die Zahl der Unfälle um 10 %, die der Verletzten um 11 % ab. Insgesamt wurden 105 Verkehrstote weniger registriert, wobei sich für die Regierungsbezirke Koblenz (– 56) und Rheinhessen-Pfalz (– 43) die stärksten Rückgänge ergaben.

In den ersten elf Monaten 1985 kamen 260 Fahrer und Mitfahrer von Personenkraftwagen ums Leben (+ 2). Wesentlich weniger tödlich Verunglückte als im Vorjahr gab es indessen bei den Motorradfahrern, den Fußgängern (jeweils – 39) und den Radfahrern (– 25). Bei den Verkehrsunfällen starben auch 17 Benutzer von Mopeds oder Mofas sowie 14 Insassen von Nutzfahrzeugen.

Für 1985 ist in Rheinland-Pfalz mit insgesamt rund 510 Verkehrstoten zu rechnen. Das ist die niedrigste Zahl seit mehr als 30 Jahren. gz

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| – = nichts vorhanden | D = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| · = kein Nachweis vorhanden / Angabe nicht möglich | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | s = geschätzte Angabe |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1. - 8. Jahrgang 1948 - 1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 3,-, Jahresabonnement DM 30,- zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Postfach, Mainzer Straße 14 - 16, Fernruf (02603) 71245, Telex 869 033 stle d, Telefax (02603) 71315, Btx * 47077 # oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplares gestattet. ISSN 0174-2914.